



Geschäftsbericht 2013

Kompetenz und Innovationskraft
im Wertpapierhandel

>> SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG AUF EINEN BLICK

Entwicklung wichtiger Kennzahlen im Drei-Jahres-Überblick:

Geschäftsjahr		2013	2012	2011
Bilanzsumme	TEuro	19.995	18.654	15.227
Grundkapital zum 31.12.*	TEuro	2.796	2.802	2.802
Eigenmittel nach § 10 KWG	TEuro	7.025	6.749	6.694
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	TEuro	-449	-801	3
Jahresfehlbetrag/-überschuss	TEuro	-332	5	0
Jahresfehlbetrag/-überschuss pro Aktie	Euro	0	0	0
Dividende pro Aktie	Euro	0	0	0
Ausschüttung	TEuro	0	0	0
EBIT	TEuro	-297	36	35
EBITDA**	TEuro	105	488	987
Mitarbeiterzahl am 31.12.		28	30	30

* Per 31.12.2013: Eigene Anteile im rechnerischen Nennwert von 5.709 € vom Grundkapital abgesetzt

** Enthält die Zuführung nach §340 HGB in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“



>> INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES VORSTANDS	4
DIE GESELLSCHAFT	6
AKTIENKURSENTWICKLUNG	6
UNTERNEHMENSSTRATEGIE	7
LAGEBERICHT 2013	9
1. Allgemeine Angaben	9
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
3. Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr	9
A. Geschäftsverlauf und -lage	9
B. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	9
C. Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen	10
4. Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Prozess der Rechnungslegung ...	11
5. Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung	12
A. Risikostrategie	12
B. Darstellung Gesamtrisikoprofil	12
I. Adressenausfallrisiken	13
II. Marktpreisrisiken	13
III. Liquiditätsrisiken	14
IV. Operationelle Risiken	14
C. Wesentlichkeitsanalyse	15
D. Risikokonzentration und -korrelation	16
E. Risikotragfähigkeitskonzept	16
F. Gültigkeit Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung	18
6. Aktienrechtliche Angaben	19
A. Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder	19
B. Erklärung über die Unternehmensführung	19
C. Angaben zur Kapitalstruktur – Übernahmerelevante Informationen	19
7. Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahrs	20
8. Ausblick	20
9. Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen	20
A. Erfolgs- und Risikofaktoren	20
B. Prognose	21
10. Schlussklärung des Abhängigkeitsberichtes	22
JAHRESABSCHLUSS	23
Bilanz zum 31. Dezember 2013	24
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2013 bis 31.12.2013	26
Anhang	28
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	36
CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	37
Erklärung zur Unternehmensführung	37
Aktionäre und Hauptversammlung	38
Zusammenwirken und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat	38
Transparenz	39
Vergütungsbericht	39
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	41
INVESTOR RELATIONS	42

>> VORWORT DES VORSTANDS

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

wäre das Börsenjahr 2013 mit einem Wein vergleichbar, so würde die Mehrzahl der Weinkenner von einem guten Jahrgang sprechen. Schließlich hat der deutsche Aktienindex DAX das Jahr mit einem Kursanstieg von fast 2000 Punkten oder gut 25 Prozent abgeschlossen. Dass das Ergebnis allerdings so ausging, ahnte zu Jahresbeginn kaum ein Experte. Denn groß war die Angst vor schlechten Wetterbedingungen, einer schlechten Lese; überall bestanden Sorgen, dass saure Trauben den Wein ungenießbar machen würden. Aber es heißt: „In vino veritas“ oder wie wir es am Kapitalmarkt übersetzen: „Der Markt hat Recht!“

So hat es der „Börsenjahrgang 2013“ allen Unkenrufen zum Trotz wieder einmal geschafft, eine positive Performance abzuliefern. Dabei waren die Rahmenbedingungen alles andere als positiv, denn die Belastungsfaktoren der Vorjahre bestanden auch weiterhin, wenngleich in abgeschwächter Form. Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien – dachte man früher an Urlaub, wenn man diese Namen hörte, sind es heute die Angst vor Schulden, Auseinanderbrechen des EURO oder massive Wirtschaftskrise, was man mit diesen Ländern verbindet.

Doch hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr gezeigt: Trotz aller Schwierigkeiten, mit denen verschiedene Länder der Euro-Zone zu kämpfen hatten und noch haben – die Länder sind weder in die Staatspleite geschlittert noch aus dem Euro ausgesichert. Die Wirtschaft der Länder wurde arg in Mitleidenschaft gezogen, aber sie ist nicht gänzlich zum Stillstand gekommen. Das gesamte System ist – zwar mit massiven Anstrengungen – nicht zusammen gebrochen, sondern weiterhin stabil. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang gerade für Deutschland war und ist, dass die heimische Wirtschaft nicht durch die Euro-Krise belastet wurde, sondern sich auch im letzten Jahr vergleichsweise gut entwickelt hat. Die Gewinndynamik der Unternehmen ist weiter gut, die Steuerquellen sprudeln, das Arbeitslosenniveau ist relativ gering, und die Politik des billigen Geldes wird weiter fortgeführt. So hat der Mangel an echten Anlagealternativen trotz aller zwischenzeitlichen Unsicherheit für eine fortgesetzte Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten gesorgt.

Dennoch – aus Sicht unserer Gesellschaft wurde Wasser in den Wein geschüttet! Denn ein Wertpapierhandelshaus lebt nicht unwesentlich von Erträgen aus einem aktiven Handel. Hier hat sich im letzten Jahr ein Trend fortgesetzt, der schon in den letzten Jahren zu beobachten war: Die Umsätze im Bereich des börslichen Handels konnten nicht mit den Kursanstiegen mithalten. Zwar zeigte sich gegenüber den Vorjahren eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau, aber zwei Faktoren spielen bei der Umsatzfähigkeit eine große Rolle: Einerseits ziehen sich immer mehr Anleger aus direkten Investments in Aktien zurück und kaufen lieber derivative Produkte wie Optionen und Futures und andererseits vollzieht sich in der deutschen Börsenlandschaft ein radikaler Wandel. Allen Börsen in Deutschland war bis vor kurzem gemein, dass sich Börsenbetreiber je Handelsgeschäft von den Ordergebern bezahlen ließen. Eine Börse ist aus diesem System ausgesichert und hat ein neues

Geschäftsmodell entwickelt. Kunden zahlen hier keine Handelsgebühren mehr, so dass der Handel für Anleger natürlich sehr interessant erscheint. Die Börse lässt sich von den dort vertretenen Market Makern für ihre Dienstleistung vergüten. Dies hat zunächst zwei Aspekte: Zunächst muss die Frage gestellt werden, wie die Market Maker – ohne Courtage – in der Lage sind, aus den Geschäften so viel Geld zu erwirtschaften, dass sie daraus nicht nur die Börse bezahlen können, sondern auch Geld verdienen. Es wird unterschiedlich gesehen, ob dies zu einer Verbesserung der Ausführungsbedingungen für die Kunden geführt hat. Im Ergebnis führt aber der Umstand, dass Anleger mit Kostenvorteilen handeln können, zu einer massiven Verschiebung der Umsätze auf diese Börse.

Im Ergebnis führt dies zu einem massiven Orderrückgang an klassischen Börsen mit traditionellem Geschäftsmodell und darüber hinaus zu extremem Kosten- und Margendruck auf die restlichen Marktteilnehmer – darunter auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Denn um konkurrenzfähig zu sein, wird über enge Spreads und den Wegfall von Courtage um Orders der Kunden gebuhlt. Dass sich dies nicht unbedingt positiv auf die Ertragslage von Wertpapierhandelshäusern auswirkt, dürfte nachvollziehbar sein. Als Antwort auf den Ertragsdruck haben viele Häuser neue Geschäftsbereiche eröffnet und sich z.B. auf die Begleitung von Emissionen verlegt. Nachdem sich in den letzten Jahren nur wenige Häuser, darunter auch unsere Gesellschaft, um diesen Bereich gekümmert haben, verstärkte sich der Wettbewerbsdruck zuletzt kräftig. Dies führte einerseits zu fallenden Margen in diesem Geschäft, andererseits wurde rückwirkend betrachtet sicherlich der ein oder andere Emittent aus Ertragsgründen begleitet, die aus Qualitätsgründen besser nicht an die Börse hätten kommen dürfen. Die zunehmende Anzahl an Pleiten im Bereich der Mittelstandsanleihen zeugen davon – und somit erweisen die neuen Mitbewerber mit der Begleitung schlechter Unternehmen auch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG einen Bärendienst, denn der Mittelstandsmarkt ist drauf und dran, seine Akzeptanz bei den Investoren zu verlieren.

Wie reagieren die Börsen nun auf die Verschiebung der Orderströme? Die Deutsche Börse AG, selbst Betreiber der Börse Frankfurt und XETRA, hat wohl nach dem Motto agiert: „Was man nicht bekämpfen kann, muss man übernehmen“ und sich an der neuen Börse wesentlich beteiligt. Damit kannibalisiert sich die Deutsche Börse mit den verschiedenen Handelsplattformen selbst – ein ordnungspolitisch bemerkenswerter Vorgang. Gleichzeitig versucht die Deutsche Börse, für den Platz Frankfurt durch eine „Qualitätsoffensive“ für die Rückkehr von Orders zu sorgen. Ein Unterfangen, welches alle Regionalbörsen in den letzten Jahren mehr oder weniger erfolglos ebenfalls gestartet haben.

Unser Haus hat sich mit der Situation bereits länger beschäftigt, und wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass die Fortsetzung unserer Spezialistentätigkeit an der Börse Frankfurt unter den gegebenen Bedingungen nicht sinnvoll erscheint. Auch die aus unserer Sicht zu ergreifenden Maßnahmen, die notwendig gewesen

wären, um wieder wettbewerbsfähig zu sein, konnten wir nicht erkennen, zumal die politische Situation mit unterschiedlichen Interessenlagen einer Vielzahl von Spezialisten an der Börse Frankfurt undurchsichtig war. Daher hat sich die Gesellschaft entschlossen, die Orderbücher an der Börse Frankfurt zu verkaufen und sich aus der Kursfeststellung in Frankfurt gänzlich zurück zu ziehen. Ohne eine überzeugende Antwort auf die Wettbewerbssituation sind wir der Auffassung, dass in absehbarer Zukunft weitere Spezialisten ihre Tätigkeit an der Börse Frankfurt überdenken werden.

Die Entscheidung für die Einstellung des Geschäftes fiel uns umso leichter, als dass wir einen aus unserer Sicht akzeptablen Verkaufserlös erhalten haben. Ob sich die Preise in den nächsten Jahren auf diesem Niveau halten werden, wenn der Margendruck weiter anhält, muss bezweifelt werden. Daher erschien uns auch der gewählte Zeitpunkt richtig gewählt, den Verkauf zu realisieren.

Damit konzentriert sich die Gesellschaft weiter auf die Kursfeststellung in Aktien, Renten und Fonds an den Börsen Düsseldorf und Hamburg, an denen zusammen mehr als 10.000 Orderbücher betreut werden. Auch dort sind wir natürlich von den allgemeinen Umsatzentwicklungen abhängig, sehen aber eher die Chance, uns dort ertragreich zu positionieren. Auch der Corporate Finance Bereich, hier die Begleitung von Aktien- und Anleiheemissionen, wird fortgesetzt. Allerdings setzen wir weiterhin nicht auf Masse bei der Frage, wie viele Emissionen wir begleiten, sondern unser vorrangiges Ziel ist es, nur Emittenten zu begleiten, von deren Qualität wir absolut überzeugt sind. Damit erscheint SCHNIGGE zwar nicht in den Rankings der aktivsten Emissionsbegleiter. Im Interesse der von uns angesprochenen Investoren wollen wir jedoch ebenso nicht genannt werden, wenn es um Ausfälle von Emittenten z.B. im

Mittelstandsmarkt geht. Der organische Ausbau der Geschäftsbereiche Corporate Finance und Equity Sales Trading ist ein wesentliches Element unserer Geschäftsstrategie. Wir wollen und müssen in den Geschäftsfeldern mit unmittelbaren Kundenbeziehungen wachsen, um somit die Abhängigkeit von den Umsätzen an den Börsen als Wertpapierhandelsbank zu verringern.

Wie auch im Vorjahr sind die politischen Rahmenbedingungen schwierig, die Ukraine Krise führte im ersten Quartal bereits zu einem stetigen Auf und Ab der Börsen. Die Umsätze sind weiterhin überschaubar und der Markt der Mittelstandsanleihen wankt mächtig. Dies alles sind keine guten Voraussetzungen, eine echte Ertragswende zu schaffen. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass es bei einer fortgesetzten Niedrigzinspolitik wenigstens keine starken Kursrückgänge geben dürfte, was zumindest auf der Seite der Handelsergebnisse eine gewisse Konstanz erwarten ließe.

Unser Haus ist auch in diesem Jahr bemüht, Ihnen trotz aller Prognoseunsicherheiten ein ausgeglichenes Ergebnis zu präsentieren. Wir weisen aber darauf hin, dass dieses Vorhaben ambitioniert ist und davon abhängt, dass es nicht zu größeren Störungen – sei es aus politischer Richtung oder von der Zinsseite – kommt.

Düsseldorf, im Mai 2014



Florian Weber



Martin Liedtke



>> DIE GESELLSCHAFT

SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Vorstand

Florian Weber, Vorsitzender (CEO)
Martin Liedtke (CFO, COO)

Aufsichtsrat

Günther P. Skrzypek, Verwaltungsrat, Pregassona, Schweiz, Vorsitzender
Andreas Benninger, Vorstand, Stuttgart, stv. Vorsitzender seit 26.06.2013
Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, Königstein, stv. Vorsitzender, bis 26.06.2013

Handelsplätze und -systeme (im Berichtsjahr)

Börse Düsseldorf
Börse Hamburg
Börse Frankfurt
Börse Berlin
Börse Stuttgart
Börsensystem Xetra®
Quotrix
Tradegate
Börse Luxemburg

Hauptsitz

Düsseldorf

Niederlassung

Frankfurt am Main

Handelsregister

Düsseldorf unter HRB 36 608

>> AKTIENKURSENTWICKLUNG

Stammdaten (Stand Dezember 2013)

Inhaber Stammaktien

Börsenkürzel SHB3, WKN A0EKK2, ISIN DE000A0EKK20

Anzahl Aktien 2.801.785 im rechnerischen Wert von je EUR 1,00.

Aktionärsstruktur

AUGUR Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG	91,58%
Streubesitz	8,42%

Die SCHNIGGE Aktie führt ein von der allgemeinen Börsenlage im Wesentlichen unabhängiges Eigenleben. Ursache hierfür ist u.a. die Aktionärsstruktur, bei der die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG den mit mehr als 91% wesentlichen Eigentümer darstellt. Nach einem Handelsstart von 4,65 Euro je Aktie lag das Kursniveau zunächst bis Juni stabil zwischen 4,60 und 4,20 Euro. Im Juni kam es zu einem Kursverlust bis 3,60 Euro, von dem sich die Aktie wieder erholte und bis Oktober bei ca. 4 Euro notierte. Im weiteren Jahresverlauf fiel der Kurs bis auf 2,5 Euro, bevor er sich bis zum Jahresende wieder auf 3,77 Euro erholte. Der Umsatz in der Aktie lag im Vergleich zum Vorjahr etwas erhöht, blieb aber mit ca. 20.000 Aktien weiterhin gering. Dies liegt u.a. in der Aktionärsstruktur begründet, die nur wenig echten Freefloat verzeichnet.



>> UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Das Kerngeschäft der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank liegt im Bereich des Wertpapierhandels. Um das Unternehmen fortzuentwickeln und ertragsseitig auf eine breitere Basis zu stellen, bleibt der maßvolle Ausbau der Handelsbereiche sowie der Aufbau weiterer insbesondere kundenbezogener Geschäftsfelder auch weiterhin ein vordringliches Ziel unseres Unternehmens. Dies bezieht sich aktuell insbesondere auf den Ausbau und die Fortentwicklung der Bereiche Corporate Finance sowie Equity Sales Trading. Präferiert wird hierbei gegenüber Zukäufen von Teams bzw. ganzer Gesellschaften ein organischer Auf- bzw. Ausbau der Geschäftsfelder unter Nutzung der eigenen Ressourcen. Ein Ausbau operativer Bereiche ist auch erforderlich um strukturell zurückgehende Erträge in einzelnen Geschäftsfeldern zumindest zu kompensieren sowie die bestehende und geforderte Infrastruktur einer börsennotierten unter Aufsicht der BaFin stehenden Wertpapierhandelsbank noch rentabler ausnutzen zu können (Skaleneffekte).

Die Stabilisierung und die Erweiterung der Ertragsbasis sowie hieraus resultierend die mittelfristige Stärkung der Rücklagen bzw. des haftenden Eigenkapitals und der verfügbaren Liquidität hat die höchste Priorität für uns. Ein Wachstum um bzw. zu jedem Preis erscheint auch im Rahmen der bereits seit Jahren stattfindenden Konsolidierung in der Branche der Banken / Finanzdienstleister nicht sinnvoll und gefährdet das mittelfristige Ziel der Kapitalstärkung und Bestandssicherung.

Die Gesellschaft prüft kontinuierlich, ob und inwieweit bisher ausschließlich im Inland erbrachte Dienstleistungen auch in anderen europäischen Ländern ertragreich anzubieten sind.

HANDEL

Der Handel in Wertpapieren – Aktien / Fonds / Renten / Genussrechte – ist die Keimzelle der Gesellschaft und nach wie vor das wesentliche operative Standbein. Im Handel ist der Trend der Orderausführung auf elektronischen Plattformen (XETRA / Scoach) bereits seit Jahren im Gange. Weitere Anbieter generieren über eigene Plattformen wie z. B. Turquoise und Chi-X sowie sogenannten Dark Pools als Konkurrenz und zu Lasten des XETRA-Systems der Deutsche Börse AG – insbesondere in den liquiden großen Werten – nicht unwesentliche Umsatzanteile. Aus betriebswirtschaftlichen und strategischen Überlegungen heraus, wurden die Orderbücher für die Spezialistenfunktion per Ende Oktober 2013 verkauft. Wir können hierdurch unverändert unsere insbesondere kundenbezogenen Aktivitäten auf dem Parkett in Frankfurt als Börsenplatz umsetzen, stellen nur in bestimmten Titeln keine Kurse mehr als Spezialist der Deutsche Börse AG.

Im Eigenhandel wird vom Grundsatz her bei nur kurzer Haltedauer versucht, Gewinne zu erzielen. Das Eingehen strategischer langfristiger Positionen ist derzeit nicht geplant. Die Liquidität einer Aktie und damit die Möglichkeit der Glattstellung bei negativer Entwicklung spielt bei Eingehen einer Position eine wesentliche Rolle.

Das bestehende Geschäftsfeld mit den institutionellen Kunden / Sales und Brokerage haben wir bereits in 2011 personell mit dem Ziel ausgebaut, ein weiteres wesentliches kundenorientiertes Standbein zu schaffen. Das Designated Sponsoring versuchen wir ebenfalls auszubauen.

CORPORATE FINANCE

Der Bereich Corporate Finance wird sich unverändert auf die Beratung bzgl. Finanzierungsstrategien bzw. -instrumenten für kleine und mittelgroße Unternehmen konzentrieren. Dies auch vor dem Hintergrund des eigenen Leistungsangebotes beim Listing unterschiedlicher Wertpapiere. Diesbezüglich ist eine bereits seit einiger Zeit über verschiedene Aktivitäten bereits erweiterte Wahrnehmung unseres Hauses als erster Ansprechpartner für Kapitalmarkttransaktionen wie auch der sukzessive Ausbau der Vertriebsstärke über einen organischen Ausbau unser vorrangiges Ziel.

Zur Darstellung dieses komplexen Dienstleistungsumfangs werden wir aus Kostengründen die entsprechende Wertschöpfungstiefe durch Mitarbeiterkapazitäten nicht vollumfänglich selbst aufbauen, sondern teilweise auf entsprechende Outsourcing-Angebote zurückgreifen.

FINANZPORTFOLIOVERWALTUNG

Den Bereich Finanzportfolioverwaltung wollen wir auf Grund von Synergien mit unserem Kerngeschäft „Handel“ sowie sich bietender Cross-Selling Möglichkeiten mit Bestandskunden mittelfristig aufbauen. Die vorhandene Lizenz gibt uns hierfür den aufsichtsrechtlich erforderlichen Rahmen.

Auch beim Aufbau des Service-Angebotes im Bereich Finanzportfolioverwaltung gilt für uns das Primat der maßvollen Investitionspolitik, d.h. dass auch hier die zur Leistungserstellung erforderliche Wertschöpfungstiefe im eigenen Haus möglichst klein gehalten wird und nur bei vertretbarem Profil das Geschäftsfeld ausgebaut wird.

STABSBEREICHE / SONSTIGE KOSTEN

Die Struktur einer börsennotierten Aktiengesellschaft unter Aufsicht der BaFin bringt eine Vielzahl zusätzlicher Anforderungen mit steigender Tendenz und somit entsprechender Kosten mit sich. Nahezu alle notwendigen Dienstleistungsbereiche sind out-sourced, um die fixen Kosten der Stabs- wie auch sonstiger Bereiche so gering als möglich zu halten.

INVESTITIONEN

Bei allen Aktivitäten zur Förderung des weiteren Unternehmens- und Gewinnwachstums ist für uns die Prämisse der bestands-sichernden Umsichtigkeit handlungsleitend. Die Stärkung der nachhaltigen Ertragsbasis und somit das Wachstum des haftenden Eigenkapitals bzw. der Rücklagen hat die höchste Priorität für uns. Dazu ist mittelfristig ein sukzessiver Ausbau der Geschäftsaktivitäten notwendig. Diese Investitionen haben jedoch in einem angemessenen finanziellen Verhältnis zur Unternehmensstruktur und der Risikotragfähigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu stehen.



>> LAGEBERICHT 2013

1. ALLGEMEINE ANGABEN

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist eine Wertpapierhandelsbank, die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Erbringung von Bankgeschäften (Teilbankgeschäfte) und Finanzdienstleistungen zugelassen ist, mit langjähriger Kapitalmarktkompetenz und Börsenerfahrung. Selbst börsennotiert (WKN AOEKK2, Symbol SHB3), mit Sitz in Düsseldorf und Niederlassung in Frankfurt am Main, bietet die Gesellschaft neben dem klassischen Börsenhandel auch eine Vielzahl von Dienstleistungen rund um den Kapitalmarkt an.

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Auch das Gesamtjahr 2013 war trotz Kurssteigerungen an den Börsen von schwierigen Rahmenbedingungen geprägt. Eine vertrauensvolle Trendwende konnte nicht verzeichnet werden, vielmehr war der Aufschwung an den Börsen liquiditätsgetrieben und verdrängt die weiterhin ungelösten Probleme insbesondere der Staatsverschuldung. Die weitere Entwicklung ist als volatil und schwierig – nicht nur in Europa – einzuschätzen und hängt im Wesentlichen zunächst von der Beibehaltung/Änderung der Niedrigzinspolitik bzw. Liquiditätsschwemme durch die internationalen Notenbanken ab.

Über diese für alle Unternehmen, abhängig auch vom Geschäftsmodell, unterschiedlich einwirkenden Ereignisse hinaus, treffen unser Unternehmen nahezu durchgängig durch alle Handelsbereiche die enormen Umsatzrückgänge an den Börsen wie bereits in den Vorjahren auch in 2013. Sollte dieser Trend anhalten, steht das bisherige Geschäftsmodell auf dem Prüfstand.

3. ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT IM BERICHTSJAHR

A. Geschäftsverlauf und -lage

Mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2013 können wir nicht in allen Teilbereichen zufrieden sein. Aufgrund der Rahmenbedingungen konnten wir das erwartete positive Ergebnis operativ nicht erwirtschaften.

B. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist mit dem operativ erwirtschafteten Ergebnis im Geschäftsjahr 2013 auch unter Berücksichtigung der Gesamtumstände nicht zufrieden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei TEUR -449 nach TEUR -801 im Vorjahr. Der Jahresfehlbetrag belief sich auf TEUR -332 nach einem Jahresüberschuss von TEUR 5 im Geschäftsjahr 2012.

Nachdem im Rahmen einer Sonderprüfung des eingestellten Geschäftsbereiches „Gamma Trading“ in 2008 Versäumnisse des Vorstandes festgestellt worden sind, hat der Aufsichtsrat die seinerzeit amtierenden Vorstände wegen Verletzung ihrer Vorstandspflichten in Anspruch genommen. Gleichzeitig wurde die Inanspruchnahme in 2008 der von der Gesellschaft abgeschlossenen D&O Versicherung angezeigt. Der Vorgang konnte außergerichtlich nicht beigelegt werden, die Gesellschaft hat daraufhin Klage eingereicht. In der ersten Instanz wurde die Klage in 2011 abschlägig beschieden. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat die Berufung gegen dieses Urteil und damit den Gang in die nächste Instanz beschlossen. Die Berufung wurde angenommen. Im Hinweisbeschluss des Oberlandesgerichtes in Düsseldorf vom 20. November 2012 hatte der Senat zum Ausdruck gebracht, dass er die Klage zumindest in Höhe von TEUR 810 als begründet ansieht. Ein gerichtlich empfohlener Vergleich beider Parteien kam im Jahre 2012 nicht zustande.

Auf dieser klaren sachlichen Basis wurde bereits im Jahr 2012 ein außerordentlicher Ertrag von TEUR 810 verbucht. Im Mai 2013 ist das finale Urteil zur Zahlung von TEUR 810 nebst 5 % Zinsen zu unseren Gunsten ergangen. Die Gesamtsumme betrug 929.691,14 Euro. Weiterhin wurde ein Betrag von 34.608,82 Euro an ausgelegten Gerichtskosten zurückerstattet. Daraus resultiert ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 119.691,14 Euro.

Die gesetzlich vorgeschriebene Risikovorsorge von TEUR 234 über die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken wirkte entsprechend ergebnisbelastend (Vj. TEUR 95). Aufsichtsrechtlich wird dieser in die Passiva eingestellte Betrag seit dem 01.01.2014 nicht mehr den Eigenmitteln hinzugerechnet.

Bedingt durch den Qualitätsanspruch im Bereich Corporate Finance wurden in 2013 weniger Kapitalmaßnahmen begleitet, wodurch sich das Ergebnis aus Courtagen und Provisionen im Geschäftsjahr 2013 um TEUR 716 auf TEUR 2.790 verringerte. Das Finanzergebnis aus dem Handelsbestand erhöhte sich insbesondere aufgrund des gestiegenen Nettofinanzergebnisses des Fondshandels um TEUR 1.540 auf TEUR 2.332 (Vj. TEUR 792). Das im Berichtsjahr positive Zinsergebnis einschließlich Dividenden resultierte insbesondere aus Dividendenerträgen und betrug TEUR 35 (Vj. TEUR 142).

Die Zunahme des Personalaufwands auf TEUR 3.087 (Vj. TEUR 2.843) resultiert im Wesentlichen aus Restrukturierungsaufwendungen des eingestellten Geschäftsbereichs „Spezialisten in Frankfurt“ sowie Zunahme von Bonifikationen für operative erfolgreiche Teilbereiche; die anderen Verwaltungsaufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr von TEUR 2.952 auf TEUR 2.638 insbesondere aufgrund des Rückgangs an Rechts- und Beratungskosten sowie Researchdienstleistungen ab.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um TEUR 454 auf TEUR 549, da die sonstigen betrieblichen Erträge im Vorjahr überwiegend aus der Auflösung der Rückstellungen für EdW-Sonderbeiträge bestanden.

Die Verringerung der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen um TEUR 189 auf TEUR 168 (Vj. TEUR 357) resultiert im Wesentlichen daraus, dass im Vorjahr die in 2008 entgeltlich erworbenen Marktanteile für die Spezialistenfunktion im Freiverkehr nach vier Jahren abgeschrieben waren.

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf TEUR 19.995 gegenüber TEUR 18.654 in 2012. Die erhöhte Bilanzsumme per 31.12.2013 hängt u.a. mit einem stichtagsbezogen erhöhtem Handelsbestand zusammen.

Die anderen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen mit TEUR 237 auf Boni und Tantiemen, mit TEUR 133 auf Restrukturierungskosten sowie mit TEUR 83 auf Jahresabschlusskosten.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses verfügt die Gesellschaft zum 31.12.2013 über ein haftendes Eigenkapital in Höhe von EUR Mio. 7,0 (Vj. EUR 6,7 Mio.).

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG finanziert sich weitestgehend über ihre eigenen Mittel. Die im Handelsbestand investierten Mittel sind überwiegend sehr kurzfristig verfügbar. Der renommierte Abwicklungspartner stellt darüber hinaus im Bedarfsfall Kreditlinien gegen bankübliche Sicherheiten zur Verfügung. Die Liquiditätslage war im abgelaufenen Jahr zur Umsetzung unseres Geschäftes jederzeit ausreichend.

Starke Kursschwankungen und politische Belastungen ausgelöst durch die politischen Belastungen infolge der Ukraine Krise haben dazu geführt, dass für unser Unternehmen die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres 2014 noch nicht den Erwartungen entsprechend verlaufen sind.

C. Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen

Innerhalb der Gesellschaft gliedern sich die im Wesentlichen mit dem Wertpapierhandel zusammenhängenden Geschäftsbereiche weiter auf. Im Geschäftsbereich Handel sind dies Eigenhandel, Skontroführung / Spezialist, Equity-Salestrading, Designated Sponsoring sowie außer- und vorbörslicher Aktienhandel. Des Weiteren bestehen die Geschäftsfelder Vermögensverwaltung, Corporate Finance sowie das Retailgeschäft mit der Abwicklung ausgelaufener VL-Verträge.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden im Wesentlichen Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und Genussscheinen.

Skontroführung / Spezialist

Im Rahmen der Skontroführung führt der beauftragte Makler Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren.

Die Möglichkeit des börslichen Fondshandels ist den Marktteilnehmern insbesondere aufgrund der Sondersituationen bei einzelnen Immobilienfonds mittlerweile bekannter, wenngleich hier noch enormes Potenzial in der externen Wahrnehmung sowie hieraus resultierend in der Umsatztätigkeit besteht. Dieser Bereich erwirtschaftete wiederum positive Deckungsbeiträge. Wir erwarten bei den Handelsbeständen in den Folgejahren über die Kurserholungen bzw. Ausschüttungen der Fonds positive Ergebnisbeiträge.

Da die Inhaberschuldverschreibungen der Banken und Sparkassen, die von SCHNIGGE betreut werden, wegen bilanzieller Änderungen nicht neu aufgelegt werden, hat die Bedeutung dieses Bereiches weiter verloren.

Die Aktienskontroführung Düsseldorf musste nach der Umstellung der Best-Ex Empfehlungen der DWP-Bank bereits ab März 2011 und seitdem weiterhin rückläufige erhebliche Umsatz- / Erlöseinbußen hinnehmen und konnte seine Kosten strukturell nicht decken. Die Tätigkeit als Skontroführer an der Börse Düsseldorf wurde bis zum 31.12.2014 bei unveränderter Zuständigkeit in den jeweiligen Teilbereichen sowie Wertpapieren verlängert. Die Prolongation erfolgt ab sofort immer nur noch für 1 Jahr. Die nächste Ausschreibung erfolgt wieder Mitte 2014.

Der operative sich unbefriedigend entwickelnde Teilbereich der Spezialisten in Frankfurt bzgl. Renten wie auch in Aktien war aufgrund der vorzuhaltenden personellen Ressourcen wie auch technischen Strukturen und der weiterhin rückläufigen Umsatzentwicklung – insbesondere nach der Nichtberücksichtigung unseres Antrages als Skontroführer für Fonds in Frankfurt – kein strategisches Geschäftsfeld mehr. Die Orderbücher auf dem Parkett in Frankfurt wurden mit Wirkung zum 01. November 2013 verkauft. Bezüglich des unter den gegebenen Rahmenbedingungen für uns befriedigenden Kaufpreises wurde mit den Erwerbern Stillschweigen vereinbart.

Das Market Making mit Fonds an der Börse Luxembourg wurde gestartet, die Umsätze sind dort noch deutlich steigerungswürdig.

Retailgeschäft

Der ursprünglich unter dem Bereich Retail verstandene Geschäftsteil der Vermittlung von Versicherungen, Investmentfonds und anderen zulassungsfreien Produkten wurde bereits im Jahr 2004 durch Rückübertrag an den damaligen Partner, die Four Gates AG (vormals OFL AnlagenLeasing AG), eingestellt. Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der

Abwicklung von Verträgen zur Anlage von vermögenswirksamen Leistungen (VL) wurde Ende Januar 2011 eingestellt. Somit wurden ab diesem Zeitpunkt keine Finanzinstrumente mehr im eigenen Namen für Rechnung der Kunden erworben und an das für diese Verträge depotführende Institut übertragen. Durch ein Kundenanschreiben im November 2011 wurde den VL-Sparern die Einstellung der VL-Dienstleistung mitgeteilt. Seit dem 03.12.2011 werden keine Sparraten der Kunden mehr entgegengenommen. Die von den VL-Sparern auf ein Treuhandkonto eingezahlten Sparbeiträge wurden größtenteils bereits an die VL-Sparer bzw. deren Arbeitgeber zurückgezahlt. Die vollständige Rückzahlung – die sich aufgrund der mangelnden Erreichbarkeit einiger Kunden bislang verzögert hat – soll in 2014 erfolgen. Vereinzelt bestehen noch – ruhende – Verträge mit Kunden, die postalisch (infolge Umzug) nicht erreicht werden.

Vorbörslicher Handel

Der vorbereitende Handel, früher ein wesentliches Standbein der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, ruht aufgrund der Marktverhältnisse nahezu seit einiger Zeit. Erfolgreiche Platzierungen könnten positive Auswirkungen auf dieses Segment haben. Als Alternativlösung nutzen viele Gesellschaften die Möglichkeit, prospektfrei ohne IPO ihre Wertpapiere zumindest an den Börsenlisten zu lassen. Im Geschäftsjahr 2013 war noch keine wesentliche Veränderung zu einer wieder erstarkenden Emissionstätigkeit bei Aktien erkennbar. Unternehmen nutzten vielmehr das weiterhin niedrige Zinsniveau, um sich mittelfristig über Anleiheemissionen mit Fremdkapital auszustatten.

Außerbörslicher Handel

Der Bereich des außerbörslichen Telefonhandels ist Bestandteil des Eigenhandels. Wie beim vorbereitenden Handel müssen sich erst die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern, bevor ein Anziehen der Umsatztätigkeit in diesem Geschäftsbereich zu erwarten ist.

Asset Management

Die Geschäftsaufnahme im Bereich Asset Management wurde im Dezember 2008 mit einem Mandat gestartet. Das Geschäftsfeld ruhte in 2013. Wir sind weiterhin bemüht, diesen Geschäftsbereich opportunistisch aufrechtzuerhalten bzw. mittelfristig auszubauen.

Corporate Finance

Der Geschäftsbereich Corporate Finance umfasst im Wesentlichen die Aktivitäten rund um Börseneinführungen und Listings. Im Jahr 2013 wurden darüber hinaus einige Maßnahmen der Kapitalbeschaffung durch mittelständische Unternehmen erfolgreich begleitet. Auf Grund des extrem zyklischen Geschäftsfeldes haben wir uns entschieden, diesen Bereich im Wesentlichen mit den vorhandenen Ressourcen und nicht mit erwähnenswerter Neueinstellung weiterer Mitarbeiter als nachhaltiges operatives Standbein auszubauen. Die in 2013 erfolgte selektive Hinzunahme von weiteren Mitarbeitern / -innen mit wichtigen und notwendigen Kompetenzen zum Ausbau dieses Geschäftsbereiches schließt dies nicht aus. Bei der Begleitung von Kapitalmaßnahmen steht der Qualitätsanspruch unseres Hauses im Vordergrund. Nach intensiven Prüfungsprozessen haben wir uns aufgrund dessen gegen die Begleitung diverser Kapitalmaßnahmen mittelständischer Emittenten

entschieden. Der Bereich konnte im Rohertrag nicht das gute Ergebnis des Vorjahres erreichen.

Die Gesellschaft hat die aufsichtsrechtliche Genehmigung des Platzierungsgeschäftes. Hiermit verfügt die Gesellschaft über die Möglichkeit, sich an – auch im heutigen schwierigen Marktumfeld immer noch vorhandenen – attraktiven Transaktionen zu beteiligen, ohne die Risiken einer Übernahme von Positionen auf die eigene Bilanz eingehen zu müssen.

Stabs- und Verwaltungsbereiche

Die Gesellschaft hat den Stabsbereich unverändert schlank aufgestellt und verschiedene Tätigkeiten auf externe Dienstleister ausgelagert. Bei gleichbleibenden Geschäftsstrukturen wird dies auch zukünftig so belassen, um nicht bei sinkenden Erträgen unmittelbar in eine Kostenfalle zu laufen. Die derzeitigen Marktverhältnisse bestätigen die Richtigkeit dieser Ausrichtung. Bestimmte durchaus kostenintensive Strukturen sind allerdings sowohl als börsennotierte Gesellschaft als auch durch die Aufsicht der BaFin vorgegeben. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen binden weiterhin und mit steigender Tendenz vorhandene Kapazitäten.

Beteiligungen

Ein aktives Beteiligungsgeschäft wurde im Jahr 2013 nicht durchgeführt und ist auch mittelfristig strategisch nicht geplant.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2013 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 28 (Vorjahr 30) Mitarbeiter/innen beschäftigt. Für das Jahr 2014 sind keine nennenswerten Veränderungen vorgesehen.

Auf Basis der jeweiligen individuellen wie auch bereichsbezogenen guten Leistungen wurden an die erfolgreichen Mitarbeiter/-innen marktgerechte Tantiemen ausgezahlt. Die Form und die Höhe der Tantiemезahlungen berücksichtigen einerseits motivierende und leistungssteigernde Anreize, andererseits auch die gesetzlich- und aufsichtsrechtlich geforderten Begrenzungen zum Schutz der Gesellschaft.

Neben der Ausstattung und dem Ausbau der Gesellschaft mit ausreichenden finanziellen Mitteln sind auch weiterhin die Mitarbeiter das wichtigste Kapital für das Unternehmen. Vorstand und Aufsichtsrat bedanken sich daher im Namen der Aktionäre für die auch im vergangenen Jahr geleistete Arbeit unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen.

4. INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN PROZESS DER RECHNUNGSLEGUNG

Die eingerichteten Abläufe sowie die jeweiligen Tätigkeiten innerhalb der Rechnungslegung zeichnen sich im Hinblick auf die Verantwortungsbereiche, Kontrolle sowie Führung durch eine klare Strukturierung aus.

Die für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als Kreditinstitut geltenden Anforderungen an das Handelsgeschäft schreiben eine klare Trennung zwischen den Funktionseinheiten „Handel“, „Abwicklung und Kontrolle“, „Überwachung“ und „Rechnungslegung“ vor, die funktional und organisatorisch gegeben ist.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfügt zur Abwicklung des Wertpapiergeschäfts über umfangreiche Strukturen, Systeme und Maßnahmen, welche die Effektivität und Sicherheit des Rechnungslegungsprozesses einschließlich der Erstellung des Halbjahres- und Jahresabschlusses gewährleisten.

Grundlage des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems ist die enge Zusammenarbeit mit auf das Wertpapiergeschäft spezialisierten externen Partnern. Im Rahmen von Auslagerungslösungen werden die Geld- und Stückerbuchhaltung und die Erfassung aller Wertpapiergeschäfte einschließlich der Wertpapierstammdaten extern abgewickelt. Die Wertpapiergeschäfte werden größtenteils über das System der Börsenabwicklungsgesellschaft der Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main, erfasst.

Neben diesen in der Organisation implementierten Kontrollen werden die Funktionsbereiche durch Mitarbeiter bzw. den Vorstand überwacht.

In allen Phasen des Rechnungslegungsprozesses werden ausschließlich Standardsoftwaresysteme eingesetzt. Alle eingesetzten EDV-Systeme sind durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen vor unbefugtem Zugriff geschützt.

Alle rechnungslegungsrelevanten Prozesse werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft.

In allen wesentlichen Fragen der Rechnungslegung ist der Finanzvorstand unmittelbar eingebunden. Sofern erforderlich, werden externe Dienstleister (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) mit angemessener Qualifikation zur Umsetzung und Einhaltung der Bilanzierungsvorgaben involviert. Die in den Rechnungslegungsprozess eingebundenen Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben des Rechnungslegungsprozesses werden durch interne fortlaufend aktualisierte Richtlinien vorgegeben. Es besteht ein klar strukturiertes turnusmäßiges rechnungslegungsbezogenes Berichts- und Meldewesen gegenüber dem Aufsichtsrat bzw. der Bankenaufsicht.

5. RISIKOSTRATEGIE UND GESAMTBANKSTEUERUNG

Präambel

Mit der Novellierung der MaRisk (in der Fassung vom 14.12.2012) hat die BaFin die regulatorischen Anforderungen an Finanzdienstleistungsunternehmen und Banken erneut ausgeweitet. Zudem wurden mit dem Papier „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ im Dezember 2011 die Anforderungen an die Steuerungskreisläufe zur Wahrung der Risikotragfähigkeit weiter konkretisiert. Die Ursachen hierfür liegen in der

Bankenkrise und den daraus gesammelten Erfahrungen bzw. der resultierenden Regulierung auf globaler und europäischer Ebene (u.A. CEBS) begründet. Grundsätzlich ist eine stärkere Aufsicht und Regulierung des Marktes, hier aber insbesondere der systemrelevanten Institute, zu begrüßen.

SCHNIGGE betreibt weder das Einlagen- noch das Kreditgeschäft. Das Geschäftsmodell – im Wesentlichen die Skontroführung, Corporate Finance sowie der Wertpapiereigenhandel – wird nahezu vollständig durch Eigenmittel getragen. Insofern betrachtet die Gesellschaft sich als nicht relevant für das übergeordnete Ziel der Wahrung der Systemstabilität, welches die Aufsicht verfolgt. Hieraus abgeleitet legt der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Wert darauf, die Anforderungen der MaRisk möglichst gezielt, praktikabel und effizient zu implementieren.

Die Innenrevision ist im Rahmen Ihrer Aufgabenstellung in die Implementierung und Umsetzung der Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung eingebunden.

A. Risikostrategie

Sämtliche Entscheidungen in allen Geschäfts- und Verantwortungsbereichen stehen grundsätzlich im Einklang mit der nachfolgend festgelegten Strategie. Abweichungen zur Strategie erfolgen durch einen Geschäftsleitungsbeschluss und entsprechender Kommunikation.

Die Strategie liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandes. Die Strategie ist dem Aufsichtsrat zur Kenntnis zu geben.

Mindestens einmal jährlich (bzw. anlassbezogen) ist eine Überprüfung erforderlich sowie gegebenenfalls entsprechende Anpassungen. Bei Überprüfung der Geschäftsstrategie ist die Risikostrategie ebenfalls heranzuziehen. Die Risikostrategie ist den Mitarbeitern angemessen zu kommunizieren.

Um die Unternehmensziele zu erreichen und durch die Weiterentwicklung der Technik und Anwendungen, nimmt die Bedeutung der Informationssysteme im Unternehmen zu. Dazu wurde mit dem Vorstand eine aus der Unternehmensstrategie abgeleitete IT-Strategie entwickelt, die es zielgerichtet zu verfolgen gilt.

Wie die jüngste Entwicklung beweist, ist in der Branche der Finanzdienstleister das Risikomanagement von zentraler, ja elementarer Bedeutung und wird daher in unserer Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt.

B. Darstellung Gesamtrisikoprofil

Die MaRisk stellen Anforderungen an das Management aller für ein Institut wesentlichen Risiken. Die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit erfolgt somit in der Form, dass diese wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (ökonomische Kapitaldeckung) laufend abgedeckt werden. Nach MaRisk müssen alle wesentlichen Risiken vom Institut angemessen identifiziert, beurteilt, gesteuert sowie überwacht und kommuniziert werden. Die Angemessenheit

orientiert sich dabei an der Geschäfts- bzw. Risikostruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Da die MaRisk keine spezifischen Vorgaben bezüglich bestimmter Methoden oder Verfahren machen, werden nachfolgend das für die geschäftliche Struktur und Größe unseres Institutes festgelegte Vorgehensmodell und die entsprechenden Risikocontrolling und -steuerungsprozesse dargestellt.

I. Adressenausfallrisiken

Definition der Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken wird das Risiko verstanden, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet bzw. nicht in vollem Umfang seine Verbindlichkeiten gegenüber der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bedient. Diese Risiken untergliedern sich in Länder-, Kontrahenten-, Emittenten- und Settlementrisiken (Erfüllungsrisiko) sowie Kreditrisiken i.e.S.:

- **Kontrahentenrisiken** drücken die möglichen vollständigen oder auch teilweisen Wertverluste aus, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen einer Gegenpartei (Kontrahent) entstehen können, mit denen die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Geschäfte betreibt.
- Des Weiteren werden die **Bonitätsrisiken von Wertpapieremittenten** den Adressenausfallrisiken zugerechnet.
- Als **Länderrisiken** werden Transfer- und Konvertierungsrisiken sowie politische Risiken erfasst, die für uns auf Grund der Geschäftsaktivitäten weitestgehend bedeutungslos sind.
- Unter dem Begriff **Kreditrisiko** sind die möglichen Wertverluste im Kreditgeschäft i.e.S. zusammengefasst, welches unser Institut als Wertpapierhandelshaus jedoch nicht betreibt.
- Als **Settlementrisiko** (Erfüllungsrisiko) bezeichnet man das Risiko, das nach erbrachter Leistung zur Erfüllung eines Geschäfts keine Gegenleistung erfolgt.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

In Anlehnung an die Definition der Adressenausfallrisiken erfolgt grundsätzlich eine Risikoannahme in den Bereichen der Kontrahenten-, Emittenten- und Erfüllungsrisiken. Die Erfüllungsrisiken spielen für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Vergleich zu den anderen Risikoarten, einschließlich Kontrahentenrisiken, eine untergeordnete Rolle. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Mehrheit der Geschäfte über Börsen abgewickelt wird. Die Risiken sind jedoch für außerbörsliche Geschäfte zu betrachten.

Identifikation und Überwachung der Adressenausfallrisiken

In unserem Institut findet auf Grund der vorgenannten Relevanz für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung keine laufende Bonitätsbeurteilung aller Geschäftspartner statt. Handel mit Kunden ohne Handelszulassung an inländischen Börsen findet nur in geringem Umfang statt. Die hierbei auftretenden Ausfallrisiken werden auf Grund der geringen Fallzahlen durch Einzelüberwachung (in der Regel durch den Vorstand persönlich) gesteuert. Das entsprechende Verfahren ist in den Rahmenbedingungen für den Handel (Kontrahentenkreis) der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Die Überwachung und Kommunikation relevanter Risikopositionen und eine Bewertung in Bezug auf die Risikotragfähigkeit erfolgt im Rahmen des Risikoberichtes, welcher vierteljährlich vom Risiko-Controlling erstellt wird.

Auf eine gesonderte Limitierung des Adressenausfallrisikos des Emittenten wird weitgehend auf Grund des bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG vorliegenden Geschäftsmodells verzichtet, da dem besonderen Kursrisiko des Emittenten im Rahmen der Limitierung des Marktpreisrisikos Rechnung getragen wird.

Die Emittentenrisiken, welche im Eigenhandel entstehen, werden nach Maßgabe der Großkrediteinzelobergrenzen des § 13a KWG in Verbindung mit den Vorschriften der GroMiKV beobachtet und begrenzt. Unabhängig von einer Auslastung der Großkreditobergrenzen werden in der Handelsrichtlinie positionsbezogene Bestandsobergrenzen für die unterschiedlichen Arten von Finanzinstrumenten (Aktien, Genussscheine, Renten, Fonds) geregelt.

II. Marktpreisrisiken

Definition der Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden nach MaRisk verstanden:

- Kursrisiken
- Zinsänderungsrisiken
- Währungsrisiken und
- Marktpreisrisiken aus Warengeschäften

Als Marktpreisrisiken können somit allgemein Preisveränderungen von u.a. Aktien, Anleihen und Währungen auf Grund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten angesehen werden.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Marktpreisrisiken wirken sich insofern auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes aus, als es sich hierbei um das für die Bank wesentliche Risiko handelt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG unterliegt Marktpreisrisiken im Wesentlichen in Form von Kurs- und Zinssatzschwankungen. Währungsrisiken sind derzeit für die Gesellschaft nicht relevant, da die gehandelten Wertpapiere im Wesentlichen in Euro notieren. Der Kurs von Finanzinstrumenten kann sich im Vergleich zur allgemeinen Marktentwicklung abrupt und in einem Ausmaß verändern, welches die üblichen Kursänderungen deutlich übersteigt. Die Gründe hierfür sind zumeist der Sphäre des Emittenten des Finanzinstruments zuzurechnen.

Beispiele hierfür sind u.a.:

- erwartete oder tatsächliche Änderungen in den Anteilseignerstrukturen
- Ratingveränderungen
- Gewinnwarnungen oder
- Insolvenz eines Emittenten

Identifikation und Überwachung der Marktpreisrisiken

Die Anforderungen an die Behandlung von Marktpreisrisiken bei Handelsgeschäften unterscheiden zum einen die Anforderungen an Handelsbuchpositionen sowie zum anderen an Anlagebuchpositionen.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr sind weder Wertpapierkäufe für die Liquiditätsreserve getätigt noch sonstige Wertpapiere auf längere Sicht (z.B. Beteiligungen) angeschafft worden. Dem

Anlagebuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind derzeit keine Wertpapierbestände zugeordnet.

Im Handelsbuch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG werden alle handelbaren Finanzinstrumente erfasst, welche zur kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges gekauft bzw. gehalten werden. Sämtliche Geschäfte des Handelsbuches unterliegen somit den Vorschriften der Handelsrichtlinien. Folglich werden die Marktpreisrisiken durch die dort festgelegten Verlust- und Volumenlimite begrenzt. Dabei erfolgt eine Limitierung einerseits auf Ebene der einzelnen Wertpapierpositionen und andererseits auf der Ebene von Händlergruppen. Die Handelsrichtlinien sehen – abhängig von der Art des jeweiligen Finanzinstruments (Aktien, Genussscheine, Renten, Optionen, Future-Kontrakte) – unterschiedliche Begrenzungen der Einzelpositionen sowie Verlustobergrenzen vor.

Die Positionsverantwortlichen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, also der einzelne Händler und der Handelsvorstand, werden durch eine ständige Aktualisierung eines zentralen Positionsüberwachungs- und Geschäftserfassungsprogramms über die Größenordnungen der gehaltenen Wertpapiere informiert, auf deren Grundlage sie die Auslastung der vorgegebenen Limite selbstständig ermitteln können. Den Händlergruppen werden individuelle Handelsvolumenlimite vorgegeben. Die Gesamtheit der von einer Händlergruppe gehaltenen Einzelpositionen dürfen ein vom Vorstand bestimmtes Gruppenvolumenlimit (Gesamtengagementgrenze) nicht überschreiten. Ferner wird der kumulierte Verlust auf Gruppenebene durch eine entsprechende betragsmäßige Limitvorgabe begrenzt.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse sind in einem täglichen Handelsbuch-Bericht zusammenzufassen, welcher u.a. über

- die Gesamtpositionen aufgegliedert nach Long- und Shortpositionen
- die realisierten sowie unrealisierten Handelsergebnisse sowie
- die VaR Auslastung der WP-Bestände informiert.

Dieser wird den Geschäftsleitern im Laufe des folgenden Geschäftstages vorgelegt.

Neben der Limitierung über Volumens- und Verlustlimite wird für den gesamten Handelsbestand der Bank täglich ein Value-at-Risk (VaR) ermittelt. In diesem Zusammenhang kommt ein unter Ausnutzung des „Bloomberg-Systems“ implementiertes, standardisiertes Verfahren zur Anwendung. Hierzu werden täglich die Daten des Handelsbestandes ausgelesen und über ein institutsintern entwickeltes Programm (Makro) nach Bloomberg übergeleitet, welches täglich die VaR-Berechnung für den gesamten Handelsbuchbestand vornimmt. Die Berechnungsergebnisse werden täglich an den Vorstand berichtet.

III. Liquiditätsrisiken

Definition der Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken werden alle Risiken verstanden, welche dazu führen, dass ein Institut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht

fristgerecht und/oder in voller Höhe nachkommen kann. Das Risiko der Liquiditätsknappheit besteht grundsätzlich auch bei unserer eigenen Gesellschaft.

Risikomanagement und -controllingmaßnahmen

Nach MaRisk hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG laufend zu überprüfen, inwieweit sie in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf aus der geschäftlichen Tätigkeit abzudecken. Stellt sich dabei heraus, dass die Mittelabflüsse die Mittelzuflüsse (einschließlich der Bestände an Liquidität) übersteigen, so müssen entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Identifikation und Überwachung der Liquiditätsrisiken

Bei der Liquiditätsplanung werden vom Rechnungswesen/Controlling den erwarteten Mittelabflüssen die kalkulierten Mittelzuflüsse für den Zeitraum von 12 Monaten gegenübergestellt¹. Grundlage dieser zumindest halbjährlich erstellten Liquiditätsplanung sind zum einen die realen Mittelab- und -zuflüsse, welche sich auf monatlicher Basis aus den Buchungsabschlüssen ergeben. Zum anderen dient der Business Plan als Grundlage für eine möglichst präzise Prognose zukünftiger Mittelzu- bzw. -abflüsse.

Für die kurzfristige Liquiditätsplanung steht uns täglich ein umfassender Report unserer Hausbank und wesentlichen Abwicklungspartners zur Verfügung. Der Report enthält alle Wertpapierbestände, die notwendigen Beträge zur Unterlegung sowie die frei verfügbare Liquidität.

Hinsichtlich der novellierten MaRisk (RS 10/2012) ist SCHNIGGE als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft i.S.d. § 264d HGB zu werten und unterliegt somit generell den Zusatzanforderungen des BTR 3.2. Der BTR 3.2. spezifiziert die besonderen Anforderungen hinsichtlich der Risikomanagement- und Controllingmaßnahmen für die kurzfristige Refinanzierung in Stresssituationen. Aufgrund der finanziellen Gesamtsituation mit der Struktur der weitgehenden Finanzierung über Eigenmittel trifft dieser Passus derzeit auf unser Unternehmen nicht zu.

IV. Operationelle Risiken

Definition der operationellen Risiken

Unter operationellen Risiken werden alle Gefahren verstanden, welche ein Institut an der Ausübung seiner normalen Geschäftstätigkeit hindern können. Diese Gefahren können zum einen intern induziert sein und ihre Ursache haben in Unzulänglichkeiten bzw. Versagen *interner* Verfahren und Prozesse, der handelnden Personen im Institut oder der eingesetzten Systeme. Zum anderen können diese Gefahren infolge externer Ereignisse auftreten. Diese differenzierte Sichtweise berücksichtigen wir auch bei der Überwachung und Beurteilung der operationellen Risiken für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Die sonstigen Risiken wie Geschäftsfeldrisiken, Strategische Risiken, Reputationsrisiken und Rechtsrisiken werden im Zuge der Risikoquantifizierung im Risikotragfähigkeitskonzept als Teil der operationellen Risiken einbezogen.

¹⁾ Als Market Maker ist eine belastbare Planung über ein Jahr hinaus grundsätzlich schwierig.

Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

Die Auswirkungen operationeller Risiken auf die Risikotragfähigkeit unseres Institutes sind grundsätzlich schwer quantifizierbar. Das Ziel des Risikomanagements im operationellen Bereich ist neben der Risikoidentifikation und -analyse die Vermeidung operationeller Risiken oder zumindest die Minderung der Schäden, die durch den Eintritt operationeller Risiken auftreten. Die hierfür nötigen Risikobegrenzungsmaßnahmen sollten unter Kosten-/Nutzaspekten jedoch sachgerecht sein.

Identifikation und Überwachung der operationellen Risiken

a) Externe Perspektive

Die Abwicklung von Handelsgeschäften erfolgt bei HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Das Outsourcing des Systembetriebs sowie Teilen des Rechnungs- und Meldewesens wird über einen Partner mit langjähriger Expertise und hohem Verlässlichkeitsgrad realisiert. Die Auslagerung der hochtechnisiert durchgeführten Geld- und Stückerbuchhaltung stellt überdies sicher, dass die Positionsführungsdaten ständig von dritter Seite überprüft werden. Das Risiko, auf falschen Bestandsangaben aufzusetzen, wird durch diese Auslagerung reduziert.

b) Interne Perspektive

Zur Durchführung des bestehenden Handelsgeschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG über eine adäquate Infrastruktur. Dies umfasst sowohl die zum Handel und dessen Überwachung erforderlichen technischen Systeme als auch die notwendige Dokumentation der Prozesse.

Zur Durchführung des Geschäfts verfügt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG über gut ausgebildete Mitarbeiterkapazitäten. Vor dem Hintergrund evtl. Erweiterungen der Geschäftsfelder bzw. der Einführung zusätzlicher Produkte, bzw. dem Start entsprechender Projektaktivitäten ist – je nach Komplexität der einzelnen Produkte – zusätzliches Fachwissen erforderlich.

Die disziplinierte Einhaltung der vorgegebenen Regelungen soll alle wesentlichen operationellen Risiken minimieren. Sollten sich darüber hinaus dennoch wesentliche operationelle Risiken verwirklichen (Eintritt eines bedeutenden Schadensfalls oder Hinweise auf einen bevorstehenden Schadenseintritt), so sind die entsprechenden Ursachen situationsabhängig und unverzüglich zu analysieren. Ziel dieser Ursachenanalyse muss dabei sein, effektive Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen, welche eine Wiederholung des Schadenereignisses entweder ausschließen, unwahrscheinlicher machen oder die Schadenshöhe begrenzen. Diese Maßnahmen sind in der Folge zeitnah durch entsprechende Prozesse und Regelungen zu institutionalisieren.

Operationelle Risiken sind nie ganz auszuschließen, können in allen Bereichen jederzeit auftreten und bedürfen einer kontinuierlichen Identifizierung und Überwachung.

Das Ausscheiden von Schlüsselmitarbeitern kann zu einem überproportionalen Anstieg operationeller Risiken führen.

Bemessung und Eigenmittelunterlegung der operationellen Risiken

SCHNIGGE ermittelt die Anrechnungsbeträge für das operationelle Risiko nach dem so genannten Basisindikatoransatz gemäß § 270 SolV.

C. Wesentlichkeitsanalyse

Die Definition einer mit der Geschäftsstrategie im Einklang stehenden Risikostrategie hat zum Ziel, dass die wesentlichen Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG frühzeitig und vollständig erfasst sowie angemessen dargestellt werden sollen. Dabei geht die Aufsicht davon aus, dass grundsätzlich für alle deutschen Institute, für welche die MaRisk Anwendung findet,

- Adressenausfallrisiken (einschließlich Länderrisiken)
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken sowie
- operationelle Risiken

wesentliche Risikoarten darstellen.

Auf Basis des Gesamtrisikoprofils hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für die Einzelrisiken eine Wesentlichkeitsanalyse nach den Kriterien Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt durchgeführt.

Liquiditätsrisiken setzen sich zusammen aus dem Refinanzierungsrisiko und dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne. Da die Refinanzierung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank vorwiegend auf Eigenmitteln basiert, kann das Risiko nicht verfügbarer Refinanzierungsquellen als nicht wesentlich angesehen werden. Die Positionen der Aktivseite weisen in Relation zu den Verbindlichkeiten eine hohe Flexibilität und damit Liquidität auf. Die Liquiditätssituation wird auf Tagesbasis überwacht. Negative operative Trends und Tendenzen, die zu einer Verschlechterung der Liquiditätssituation führen könnten werden somit frühzeitig erkannt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG stuft Liquiditätsrisiken damit als nicht wesentlich ein und verzichtet auf die Einbeziehung in die Risikotragfähigkeit.

Die dargestellte Wesentlichkeitseinschätzung der Liquiditätsrisiken ist eine Zeitpunktbetrachtung und muss daher regelmäßig überprüft werden. Aufgrund kurzfristiger Änderungen in den Marktbedingungen oder anderer Faktoren kann sich diese Einschätzung jederzeit als nicht mehr zutreffend erweisen. Die regelmäßige Überprüfung der Wesentlichkeitsanalyse sowie eine ggf. unterjährige Anpassung liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung.

Zusammengefasst definiert die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank aktuell folgende Risiken als wesentlich:

- Adressenausfallrisiken, die im Zuge der Quantifizierung und Aggregation in der Risikotragfähigkeit implizit in den Marktpreisrisiken enthalten sind
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken

D. Risikokonzentration und -korrelation

Innerhalb der wesentlichen Risiken hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG derzeit drei Risikokonzentrationen identifiziert. Dabei handelt es sich um ein strategisches sowie zwei operationelle Risiken. Was die Korrelation der Risikokategorien untereinander angeht, hat sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank für einen sehr konservativen Ansatz entschieden und geht von einer Korrelation von 1 aus.

I. Geschäftsfeld Skontroführung / Spezialistentätigkeit

Die operativen Erträge der Gesellschaft werden im Wesentlichen über die Funktion als Skontrofürer an den Börsen erwirtschaftet. Diesbezüglich besteht eine Abhängigkeit der Zuteilung bzw. der Prolongation der Eigenschaft als Skontrofürer in den einzelnen Gattungen bzw. generell.

II. Servicer Abhängigkeit

Bezüglich der Handelssysteme inkl. Bestandsverwaltung arbeitet die Gesellschaft bereits seit Jahren mit einem externen Anbieter zusammen. Es handelt sich um einen in diesem Segment etablierten Anbieter. Auftretende Probleme bei diesen Systemen könnten auf Grund der Komplexität nicht kurzfristig über einen anderen Anbieter ausgeglichen werden. Auftretende Probleme könnten einen negativen Einfluss auf die Stellung als Skontrofürer haben. Im schlimmsten Fall den Entzug der Eigenschaft als Skontrofürer.

Unser Handelssystem wird unseren Anforderungen nach kontinuierlich aktualisiert.

III. Depotbank

SCHNIGGE hat als einzigen Geschäftspartner für die Wertpapierdienstleistungen (Depotbank und Abwicklung) die HSBC Trinkhaus & Burkhardt AG (im folgenden TuB). Hieraus entsteht ein Konzentrationsrisiko, da bei einem möglichen Wegfall von TuB zum einen ein neuer Anbieter gefunden werden muss und zum anderen, da die TuB den Großteil der liquiden Mittel und kurzfristigen Vermögenswerte von SCHNIGGE hält. Der Vorstand ist sich dieser Risikokonzentration bewusst, hat jedoch in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat entschieden, dieses Risiko zu akzeptieren. Die TuB verfügt über eine erstklassige Bonität, die regelmäßig durch den Vorstand auf Basis öffentlich zugänglicher Informationen überprüft wird.

E. Risikotragfähigkeitskonzept

I. Regulatorischer Rahmen

Die Anforderungen von Basel II Säule I&II werden in Deutschland konkretisiert durch die Solvabilitätsverordnung (SolV) – Säule I – und die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) – Säule II. Dabei regelt die SolV die Mindestkapitalanforderungen, die MaRisk schreiben die Implementierung einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor. Die BaFin hat in ihrem Papier „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ die Anforderungen an die Steuerungskreisläufe zur Wahrung der Risikotragfähigkeit weiter konkretisiert.

Solvabilitätsverordnung § 2 ff

§ 2 SolV besagt: „Ein Institut verfügt über angemessene Eigenmittel, wenn es täglich zum Geschäftsschluss sowohl die Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken und das operationelle Risiko nach Absatz 2 als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken nach Absatz 3 erfüllt.“ In Ergänzung hierzu stellt § 4 SolV klar, welche Adressrisiko- und Marktrisikopositionen anrechnungspflichtig, also mit Eigenmitteln bzw. Eigenkapital zu unterlegen sind. Die Pflicht zur Eigenmittelunterlegung besteht für die Gesellschaft gemäß § 269, 270 SolV gleichfalls für die operationellen Risiken der Gesellschaft.

Die vorgenannten anrechnungspflichtigen Risiken müssen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fortlaufend quantifiziert werden, um zuverlässig beurteilen zu können, ob die Eigenmittelausstattung in Relation zu den Risiken ausreichend ist.

MaRisk – AT 4.1

Abweichend zu den Anforderungen der Ermittlung beziehungsweise Einhaltung der Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 SolV und der Liquiditätsverordnung („LiqV“) die für das Geschäftsmodell der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG nur bedingt Aussagekraft haben, wurde in Anlehnung an AT 4.1 der MaRisk und das Papier „Aufsichtliche Anforderungen bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ die folgende Risikotragfähigkeitsbetrachtung definiert. Die folgende Betrachtung orientiert sich stärker am tatsächlichen Geschäftsmodell und berücksichtigt demnach auch nur solche Risiken, die seitens der Geschäftsführung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als wesentlich definiert wurden.

Grundsätzlich existieren zwei Betrachtungsweisen für die Risikotragfähigkeit eines Instituts: (a) der Liquidationsansatz und (b) der Going Concern Ansatz. Zudem wird klar zwischen bilanzorientierten und wertorientierten Ableitungen des Risikodeckungspotentials unterschieden. SCHNIGGE verfolgt den Going Concern sowie den bilanzorientierten Ansatz, wobei der Risikoappetit die Grenze definiert, bis zu der die Gesellschaft bereit ist, unterjährige Verluste zu akzeptieren, bevor die Fortführung der Geschäfte bei SCHNIGGE grundsätzlich in Frage gestellt wird. Darüber hinaus kann die Einhaltung der Eigenkapitalkennziffer auf Grund des Geschäftsmodells insofern sichergestellt werden, als dass die Handelspositionen und damit die risikogewichteten Aktiva innerhalb weniger Tage zurückgeführt werden können.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit erfolgt jährlich, die Ergebnisse werden im Zuge der Risikoberichterstattung dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

II. Risikoquantifizierung

Zur Bewertung der Gesamtrisikoposition hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG die folgenden Bewertungsansätze für die wesentlichen Risiken gewählt:

Marktpreisrisiko

Die Marktpreisrisiken werden täglich auf Basis des Gesamtbestandes des Handelsbuches über eine Schnittstelle zu Bloomberg als VaR ermittelt. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist sich der Tatsache bewusst, dass die im Zuge der

Risikotragfähigkeitsermittlung verwendeten Zeitskalen für das Risikokapital auf der einen (Betrachtungshorizont > 12 Monate) und dem Risiko (VaR zum Betrachtungszeitraum < 12 Monate) nicht kongruent sind. Theoretisch müsste der VaR entsprechend auf den gleichen Betrachtungshorizont wie das Risikokapital skaliert werden. Eine gängige Praxis ist in diesem Rahmen eine Multiplikation mit der Wurzel aus der Anzahl an Handelstagen in einem Jahr. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG weicht von dieser Vorgehensweise ab. Das vom Aufsichtsrat genehmigte Risikokapital gibt die Verlustobergrenze auf Jahresbasis vor. Das Geschäftsmodell der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG impliziert eine maximale Haltedauer der Positionen von durchschnittlich 5 – 10 Tagen, wobei die Positionen zum Ende des Handelstages jeweils geschlossen werden können. Auf dieser Basis wird auch das Risiko ermittelt. Damit ergibt sich, dass die kumulierten unterjährigen Verluste das Risikokapital nicht übersteigen dürfen. Dieses Vorgehen ist für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG der sachdienlichere Weg und einer mathematischen Lösung (Neuskalierung des VaR) vorzuziehen.

Zudem hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für ihr Handelsgeschäft die Verwendung von Stopp Loss/Verlustlimits eingeführt, so dass bei Realisierung eines Verlustes in der entsprechenden Höhe die betroffenen Positionen glattgestellt werden. Falls dieses Ereignis mehrfach auftritt, wird die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG entsprechend gegensteuern. Im Rahmen der Berechnung zur Risikotragfähigkeit erscheint es der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG daher als angemessen, diese unterjährig realisierten Verluste gemäß des oben definierten Ansatzes zu kumulieren und nicht auf der Zeitachse zu skalieren.

Ein Backtesting der verwendeten VaR Kalkulationsmethodik erfolgt dahingehend, dass fortlaufend die tatsächlichen Verluste (P&L Zahlen) den ermittelten VaR Berechnungen gegenübergestellt werden. Diese Überprüfung/Plausibilisierung erfolgt im Tagesgeschäft im großen Gesamtbild durch den Marktfolgevorstand. Auf Portfolioebene bzw. auf jeden einzelnen Handelsbestand bezogen ist dies auf Grund der wechselnden Positionsführung nicht möglich.

Operationelles Risiko

Zur Bewertung der operationellen Risiken bedient sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG des Basis Indikator Ansatzes gem. SolvV.

Adressenausfallrisiken

Da Adressenausfallrisiken grundsätzlich nur im Bereich der Kontrahenten- und Emittentenrisiken auftreten, kann von einer gesonderten Bewertung abgesehen werden. Die Adressenausfallrisiken sind somit implizit in den Marktpreisrisiken enthalten.

Die im Rahmen der Adressenausfallrisiken zu fassenden Erfüllungsrissen (Settlementrisiken) für alle ausserbörslich abgeschlossenen Transaktionen (OTC) sieht die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als nicht wesentlich an, da die Anzahl sowie der Umfang dieser Geschäfte lediglich einen sehr geringen Teil des Gesamtgeschäfts darstellt. Eine Quantifizierung, Überwachung sowie ein Reporting wird seitens der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG daher als

nicht explizit erforderlich erachtet, sondern geschieht im Zuge der Einbindung der Geschäftsleitung ins tägliche Handelsgeschäft.

Risikogesamtposition

Die Risikogesamtposition der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit ergibt sich somit als Summe aus Marktpreis- und operationellen Risiken. Diese wird den um die Immateriellen Anlagewerte verringerten Eigenmitteln, die sich aus dem gezeichnetem Kapital, der Kapitalrücklage, der gesetzlichen Rücklage, dem Bilanzgewinn nach Ausschüttung, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB zusammensetzen, gegenübergestellt. Dabei ist zu beachten, dass der Pflichtteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB nur zum Ausgleich der Marktpreisrisiken verwendet werden darf.

Der in absoluten Zahlen berechnete Value-at-Risk darf nicht den Wert übersteigen, der sich aus dem Betrag der Eigenmittel nach SolvV abzüglich 730 T€ (Mindestkapital nach § 33 KWG) und abzüglich der bereits für die übrigen Risikoarten allozierten Eigenmittel ergibt.

Nachfolgend haben wir die gemäß SolvV quantifizierten Risikowerte je Risikokategorie zuzüglich dem VaR-Wert für den Handelsbestand dargestellt:

	31.12.13	31.12.12
	TEUR	TEUR
Marktpreisrisiken		
Aktienrisiken	843	988
Zinsrisiken	3.581	3.426
Währungsrisiken	94	121
	4.518	4.535
VaR des Handelsbestands	335	174
Adressenausfallrisiken	37	28
Operationelles Risiko (Basisindikatoransatz) vor Feststellung Zahlen 31.12.2013	1.013	1.112
Gesamtrisiko nach SolvV:	5.568	5.675
Gesamtrisiko (VaR + Adressenausfallrisiko, Op-Risiko nach SolvV)	1.385	1.314
Risikodeckungsmasse nach Feststellung Zahlen 31.12.2013:	7.018	6.387
Auslastung der Risikodeckungsmasse nach SolvV:	79,3%	88,9%
Auslastung der Risikodeckungsmasse mit VaR:	19,7%	20,6%

III. Stresstesting

In Anlehnung an die Anforderungen des AT 4.3.2 der MaRisk berücksichtigt die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG Stressszenarien im Zuge der Ermittlung der Risikotragfähigkeit dahingehend, dass die ermittelte Einzelrisikoposition jeweils um einen Stressfaktor je Szenario bei den Marktpreisrisiken (derzeit 1,62 und 2,24) und bei den operationellen Risiken (derzeit 1,25 und 1,5) ansteigen. Die Risikotragfähigkeit ist somit solange gegeben, wie in keinem der Szenarien die Risikogesamtposition die allozierten Eigenmittel übersteigt.

Die Multiplikatoren für die operationellen Risiken leiten sich aus einem Schaden in der Vergangenheit von 1,5 Mio. EUR ab. Dabei werden die operationellen Risiken auf die 1,5 Mio EUR hochskaliert. Für die Stressszenarien wird der Maximalbetrag verwendet, der sich aus den gestressten operationellen Risiken und 1,25 Mio. EUR (Stressszenario) bzw. 1,5 Mio. EUR (Worst Case Szenario) ergibt. Für das Stresstesting des Marktpreisrisikos werden die Multiplikatoren aus der Haltedauer von einem Tag (Normalszenario) bis fünf Tage (Worst Case Szenario) bestimmt. Es ergibt sich ein Skalierungsfaktor von 2,24 für 5 Tage. Im Stressszenario wird mit dem durchschnittlichen Multiplikator von 1,62 gerechnet.

Die in AT 4.3.3 geforderten inversen Stresstests, also die Ermittlung der Szenarien die zur Insolvenz eines Institutes führen, wurden seitens des Vorstands diskutiert. Der Vorstand hält eine solche Betrachtung aufgrund des Geschäftsmodells und dem sich daraus ergebenden Gesamtrisikoprofil für nicht relevant. Da SCHNIGGE risikobehaftete Aktiva nur sehr kurzfristig hält (im Schnitt 1–5 Tage) und die Gesamtpositionen im Wesentlichen im Intraday-Handel glattgestellt werden können, wäre der Fall eines Totalverlustes nur bei einem kompletten Versagen der Märkte theoretisch möglich. Eine solche Betrachtung erachtet der Vorstand als nicht aussagekräftig und daher irrelevant für SCHNIGGE. Ein Stresstesting für die bestehenden Handelsbestände wird über das System Bloomberg unter bestimmten Annahmen regelmäßig sowie anlassbezogen durchgeführt. Neben dem externen Szenario des Zusammenbruchs der Märkte ist ein außerordentlich hoher Schaden durch menschliches Versagen (z.B. unerlaubter Handel von Mitarbeitern, welcher zu großen Verlusten führt) ein weiteres mögliches internes Szenario. Diese operationellen Risiken erachtet der Vorstand als angemessen durch geeignete Maßnahmen und Kontrollen adressiert und kontrolliert.

Der Vorstand bewertet die Liquiditätsrisiken, wie in **Abschnitt 3. Wesentlichkeitsanalyse** dargestellt, als nicht wesentlich. Demnach sieht SCHNIGGE auch davon ab, die Anforderungen des BTR 3.1 Tz. 6 im Zuge des Stresstesting zu betrachten. Siehe hierzu auch vorherigen Abschnitt zu Inversen Stresstests.

Normalszenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15 %
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9 % Value-at-Risk aller Handelspositionen auf Tagesbasis

Stressszenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15 % x **1,25**

- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9 % Value-at-Risk aller Handelspositionen auf Tagesbasis x **1,62**

Worst Case Szenario

- Risikobetrag für operatives Risiko : Basisindikatoransatz mit 15 % x **1,5**
- Risikobetrag für Marktpreisrisiko : 99,9 % Value-at-Risk aller Handelspositionen auf Tagesbasis x **2,24**

IV. Eigenmittelallokation

Zur Herstellung einer angemessenen Eigenmittelsituation und damit der Risikotragfähigkeit hält der Vorstand die nachfolgend dargestellte Eigenmittelunterlegung je Szenario für die einzelnen Risikoarten für angebracht, wobei die Eigenmittelform im Sinne von § 10 Abs. 2 KWG (haftendes Eigenkapital und Drittrangmittel) zu Grunde gelegt wird.

Risikoappetit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank definiert ihren Risikoappetit je Szenario in Relation zu den Gesamteigenmitteln über Prozentsätze. Folgende Werte wurden festgelegt:

- Normal 30 %
- Stress 40 %
- Worst Case 50 %

Die Aufteilung des jeweiligen Risikoappetits je Risikokategorie wurde wie folgt definiert:

- 60 % sind für die operationellen Risiken vorgesehen
- 40 % sind für die Marktpreisrisiken (inkl. Adressenausfall) vorgesehen

Solange es bei der Einzelbetrachtung der operationellen Risiken bzw. Marktpreisrisiken zu Überschreitungen kommt, erfolgt als Eskalationsstufe eine Abstimmung der weiteren Vorgehensweise sowie umzusetzender Maßnahmen mit dem Aufsichtsrat als zuständigem Überwachungsorgan.

F. Gültigkeit Risikostrategie und Gesamtbanksteuerung

Die Risikostrategie ist bis auf Weiteres gültig. Anpassungen bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Vorstands.

Bei unterjährigen Verlusten erfolgt erst bei Überschreitung eines Betrages von TEUR 1.000 eine Anpassung der allozierten Beträge. Dies auch vor dem Hintergrund des als eher gering einzustufenden – nach dem Basisindikatoransatz ermittelten Betrages – des operationellen Risikos.

6. AKTIENRECHTLICHE ANGABEN

A. Angaben zur Vergütungsstruktur für die Organmitglieder

Vergütung des Vorstands

Der Vorstand erhält für seine Tätigkeit eine feste monatliche Grundvergütung sowie einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt. Wird der Firmenwagen nicht in Anspruch genommen, wird der Gegenwert vergütet. Der Vorstand erhält darüber hinaus eine variable Vergütung (Tantieme), die vom Aufsichtsrat festgelegt wird.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Sitzungsgelder vergütet. Diese betragen für den Vorsitzenden EUR 1.500, den stellvertretenden Vorsitzenden EUR 1.125 und die weiteren Mitglieder EUR 750 pro Sitzung.

Auslagen werden gegen Nachweis erstattet.

B. Erklärung über die Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ist auf unserer Internetseite unter folgendem Link veröffentlicht:
<https://www.schnigge.de/investor-relations/geschaeftsberichte.html>

C. Angaben zur Kapitalstruktur – Übernahmerelevante Informationen

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das satzungsmäßige Grundkapital beträgt EUR 2.801.785,00 und ist eingeteilt in 2.801.785 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Alle Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 133 und 174.

Das bilanzielle Grundkapital beträgt zum 31.12.2013 aufgrund 5.709 Stück eigener Anteile EUR 2.796.076,00.

Beteiligungen am Grundkapital der SCHNIGGE

Wertpapierhandelsbank AG

Großaktionär der Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2007 die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt, welche zum Bilanzstichtag 91,58 % der Stückaktien hielt. Die sonstigen Anteile befinden sich in Streubesitz.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Satzungsänderungen

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands verweisen wir auf die §§ 84, 85 AktG und hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung auf §§ 133, 179 AktG.

Die Satzung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bestimmt Folgendes:

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse aufstellt, außer der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Informationen zu den Befugnissen des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, sind im Anhang des Jahresabschlusses unter dem Punkt „Eigenkapital“ aufgeführt.

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 zu einer Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2009) ermächtigt. Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes zu entscheiden.

Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechtes ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und /oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- bzw. Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits auf Grund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Im Februar 2014 teilten unserem Hause sowie auch mit entsprechenden Veröffentlichungen nach §§ 10,35 WpÜG der Öffentlichkeit die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG sowie Herr Günther Skrzypek die Abgabe eines öffentlichen Angebotes zum Erwerb sämtlicher, derzeit noch nicht von der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG gehaltenen Aktien an der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit. Bei Herrn Günther Skrzypek handelt es sich dabei um ein Pflichtangebot nach §§ 10,35 WpÜG. Die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG hat sich entschieden, gemeinsam mit Herrn Skrzypek ein freiwilliges Erwerbsangebot abzugeben.

7. BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Es gab keine besonderen Ereignisse, über die zu berichten wäre.

8. AUSBLICK

Wir erwarten für das Gesamtjahr 2014 weiterhin ein volatiles Marktumfeld und etwas höhere Umsatztätigkeit an den Börsen.

9. CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN

Die Gesellschaft wird das ihrerseits Notwendige dazu beitragen, durch Investitionen in erforderliche Technik, geeignete Mitarbeiter und das Einhalten vorgegebener Qualitätsrichtlinien, die Eignung als Skontroführer an den verschiedenen Handelsplätzen nachzuweisen.

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt für die Ertrags- und Geschäftslage der Gesellschaft gleichermaßen Chancen wie Risiken. Auf der einen Seite kann dies zu einem Verdrängungswettbewerb unter den Börsenplätzen führen und damit die bestehenden Erträge schmälern. Auf der anderen Seite ist das Marktsegment noch jung genug, dass ein breites und kräftiges Marktwachstum möglich erscheint, von dem alle Handelsplätze profitieren.

Hinsichtlich der zu erwartenden Sonderumlagezahlungen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen wegen des Schadensfalles Phoenix bestehen weiterhin Unwägbarkeiten über den tatsächlichen Zeitpunkt und die Höhe künftiger Sonderbeiträge.

Die Auswirkungen der eventuellen Einführung einer Transaktionssteuer auf Wertpapiergeschäfte sind derzeit nicht abzusehen. Die Einführung der Transaktionssteuer auf Wertpapiergeschäfte könnte dazu führen, dass in unserer Firma keine kostendeckenden Erlöse mehr erwirtschaftet werden können.

A. Erfolgs- und Risikofaktoren

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist im Wesentlichen im Handel von Wertpapieren tätig. Daher hängt auch die Ertragslage vor allem von der Verfassung der Wertpapiermärkte ab.

Faktoren, die die Wertpapiermärkte beeinflussen sowie die jeweiligen Chancen und Risiken die auf die Ertragslage Auswirkungen haben können sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – nachstehend aufgeführt.

1) Kursentwicklung deutscher und internationaler Wertpapiermärkte

Neben den kursbeeinflussenden emittentenspezifischen Entwicklungen können externe Faktoren wie Zins- und/oder Währungsentwicklungen auch die Wertpapiermärkte beeinflussen.

Die deutsche Wirtschaft ist sehr exportorientiert. Interne und externe Faktoren, die Auswirkungen auf die internationalen Währungsrelationen, insbesondere auf den Eurokurs haben, schlagen sich direkt und indirekt in den Unternehmensergebnissen nieder, was wiederum Auswirkungen auf die Börsenkurse sowie die Umsatztätigkeit an den Börsen hat. Ein gegenüber dem US Dollar steigender Euro ist grundsätzlich schlecht für die auf US-Dollarbasis fakturierende Exportwirtschaft und kann sich kursbelastend auswirken, ein gegenüber dem US Dollar fallender Euro dagegen erhöht prinzipiell die Einnahmen der US-Dollarbasis fakturierenden Exportindustrie. Ebenso spielt die Zinsentwicklung und die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft eine große Rolle. Je niedriger die Zinsen sind, umso attraktiver ist ein Investment in Aktien, so dass die Aktienkurse grundsätzlich in solchen Phasen steigen. Sollten dagegen die Zinsen steigen, wird die Anlage in schwankungsintensiveren und damit risikoreicheren Aktien unattraktiver und die Aktienmärkte könnten fallen. Darüber hinaus haben liquiditätsabschöpfende Zinserhöhungen negativen Einfluss auf die zur Anlage in Aktien zur Verfügung stehende Geldmenge, wie die langjährige Korrelationsbetrachtung von Geldmenge zu Aktienkursentwicklung ergibt.

Von uns eingeschätzte steigende Kurse gegenüber dem Jahresende 2013 haben sich in der Vergangenheit als eine gute Basis für einen ertragreichen Handel gezeigt. Dies führt aber nicht automatisch zu höheren Ergebnissen, da immer entscheidend ist, ob wir aufgrund unserer Vielzahl an Wertpapierpositionen in der jeweiligen Phase der Bestandsführung – Long- bzw. Shortbestände – von steigenden oder fallenden Kursen profitieren.

Stagnierende Kursentwicklung führt in unserem Geschäftsmodell üblicherweise zu langsam zurückgehenden Erträgen, fallende Kurse dagegen belasten zumeist die Erträge bis hin zu Verlusten.

II) Umsatzhöhe des Wertpapierhandels vor allem an deutschen, aber auch internationalen Börsen

Für die Vermittlung von Wertpapieren erhält die Gesellschaft eine Vermittlungsgebühr (Courtage oder ähnliche Vergütungen). Je höher die Umsatztätigkeit an den Börsen ist, umso höher ist voraussichtlich der Courtageträger, sofern die Gesellschaft auch mit dem Handel der Wertpapiere beauftragt wurde. Umsatzrückgänge führen in der Regel zu Einschnitten bei den Courtageträgern bis hin zu einem negativen Ergebnis aufgrund anfallender Transaktionskosten. Von uns eingeschätzte höhere Umsätze wiederum führen nicht zwangsläufig zu linear höheren Courtageträgern, da der Wettbewerb in den letzten Jahren bereits zu immer geringeren Courtageträgern geführt hat und die weitere Entwicklung diesbezüglich abzuwarten ist.

III) Direkte oder indirekte gesetzliche Einflussfaktoren wie die MiFID, die durch die Best-Ex-Policy der verschiedenen ordergebenden Banken orderleitenden Charakter hat und sich damit unmittelbar auf die Umsatztätigkeit an einzelnen Börsen auswirkt.

Regulatorische Anforderungen können bei entsprechender Umsetzung dazu führen, dass Orderströme zu einzelnen Börsen hin und von anderen Börsen weg führen. Ergeben sich Umstände, die Orders an Börsen leiten lassen, an denen die Gesellschaft als Skontrofführer tätig ist, so führt dies voraussichtlich zu höheren Einnahmen. Falls Orders durch solche Maßnahmen jedoch von Börsen abgezogen werden, an denen die Gesellschaft als Skontrofführer tätig ist, so verringern sich dadurch die Einnahmen.

Auch können Anforderungen bzw. Beitragsbescheide der Einlagensicherung für den Entschädigungsfall „Phönix“ das Ergebnis be- oder entlasten.

IV) Systematische und regulatorische Änderungen des Börsenhandels.

Änderungen in der Handelssystematik – z.B. durch Wegfall von Courtage, Einführung oder Verschärfung von Stillhalteverpflichtungen des Maklers, Einführung neuer Systeme z.B. durch Fusion von Börsen – können positive wie negative Auswirkungen auf die Ertragslage haben.

V) Art und Umfang der der Gesellschaft durch verschiedene Börsen zugeteilte Wertpapiere in der Skontrofführung

Die Börsen teilen in der Regel einem Skontrofführer die zur Kursfeststellung überlassenen Wertpapiere zu. Hinsichtlich der Anzahl der zur Kursfeststellung beauftragten Papiere aber auch hinsichtlich der Umsatzqualität gibt es hierbei jedoch große Unterschiede. Verliert die Gesellschaft derzeitige wesentliche Umsatzträger, so hat dies negative Folgen für den Ertrag. Gewinnt die Gesellschaft dagegen neue umsatzträchtige Papiere, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, zusätzliche Erträge zu generieren.

VI) Art, Umfang und Tendenz der eigenen Positionsführung

Ein nicht unwesentlicher Teil der Erträge wird durch das Erwirtschaften von Kursdifferenzen erzielt. Hierbei werden Positionen z.B. im Rahmen der Skontrofführung mit dem Ziel eingegangen, sie entweder höher zu verkaufen (Longpositionen) oder billiger einzudecken (Shortpositionen). Eine entgegen der Tendenz laufende Positionierung führt zu Verlusten, Positionen, die dem Trend korrekt folgen, erwirtschaften dagegen Gewinne. Keine Positionierung bedeuten weder Risiken aber auch keine Ertragschancen.

VII) Volatilität (Schwankungsstärke) der Kursentwicklung, ausgelöst durch nicht vorhersagbare Ereignisse/Krisen wie jüngst die Bankenkrise oder die Atomkatastrophe in Japan

Die Volatilität eines Marktes hat maßgeblichen Anteil am Ertrag – je schwankungsintensiver die Märkte sind, umso höher sind u.a. die Umsätze und es besteht eher die Wahrscheinlichkeit, in den zur Erzielung von Kursgewinnen gehaltenen Positionen Erträge zu erzielen. Je weniger Bewegung in den Märkten ist, umso niedriger werden die Umsätze und umso weniger besteht die Wahrscheinlichkeit in den gehaltenen Positionen Erträge erzielen zu können.

B. Prognose

Vor dem Hintergrund der geschilderten Marktgegebenheiten gibt der Vorstand die folgende Prognose ab:

Unter der Erwartung einer fortgesetzten Niedrigzinspolitik, die auch leichte Zinserhöhungen verkraften könnte, einer auf dem aktuellen Niveau gehaltenen Euro/Dollar-Relation, einem weiteren liquiditätsgetriebenen Anstieg des DAX bis auf ca. 10.000 Punkte, leicht verbesserter Umsatztätigkeit an den deutschen Börsen und bei den von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG betreuten Titeln, einer gleichbleibenden Art und Anzahl von betreuten Wertpapieren, Wegfall der Courtage, gleichbleibender Positionsführung mit fortgesetzt gutem Treffen der Markttendenz, einer Volatilität ohne externe Ereignisse wie Krisen, Naturkatastrophen etc., fortgesetzter Nutzung bestehender Handelssysteme, Verlust der Mi-FID-Best-Execution Voreinstellung verschiedener Banken für die an der Börse Düsseldorf betreuten Aktien sowie keiner zusätzlichen Belastung durch EDW Sonderumlagen, sowie der ersten Monate im Jahr 2014 hofft der Vorstand ein positives Ergebnis in 2014 erwirtschaften zu können, hält dies allerdings für ambitioniert. Bei weiterhin gleich bleibenden Rahmenbedingungen glauben wir dies auch analog für 2015 erwirtschaften zu können.

Für den Fall, dass einzelne oder alle Bestandteile der Annahmen nicht wie erwartet eintreten, kann das Ergebnis negativ von der Prognose abweichen. Insbesondere die Auswirkungen der eventuellen Einführung einer Transaktionssteuer auf Wertpapiergeschäfte sind derzeit nicht abzusehen. Die Einführung der Transaktionssteuer auf Wertpapiergeschäfte könnte dazu führen, dass in unserer Firma keine kostendeckenden Erlöse mehr erwirtschaftet werden können.

In unserem Geschäftsmodell ist es schlichtweg nicht möglich, aufgrund der Annahme von einzelnen externen Faktoren, die zudem untereinander in Wechselwirkungen stehen, mathematisch ein belastbares Jahresergebnis zu prognostizieren.

10. SCHLUSSERKLÄRUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTS

Der Vorstand erklärt, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Gesellschaft ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.

Zudem versichert der Vorstand nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SCHNIGGE

Wertpapierhandelsbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG beschrieben sind.

Düsseldorf, den 28. März 2014

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke

>> JAHRESABSCHLUSS 2013

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2013 BIS 31.12.2013

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

Aktivseite	Stand am 31.12.2013 EUR	Stand am 31.12.2012 EUR
1. Barreserve Kassenbestand	1.140,74	1.469,52
2. Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig	2.052.560,55	149.406,62
3. Forderungen an Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 3.170,48 (i. V. EUR 2.656,14)	13.589,66	131.959,52
4. Handelsbestand	17.334.008,64	16.539.464,52
5. Treuhandvermögen	5.110,24	6.370,36
6. Immaterielle Anlagewerte	221.380,00	611.218,00
7. Sachanlagen	90.801,00	127.639,00
8. Sonstige Vermögensgegenstände	213.192,13	1.018.520,93
9. Rechnungsabgrenzungsposten	63.468,20	67.848,11
	19.995.251,16	18.653.896,58

Passivseite	Stand am 31.12.2013 EUR	Stand am 31.12.2012 EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten täglich fällig	8.646.008,84	4.705.004,77
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden darunter: an Finanzdienstleistungsinstitute EUR 36.766,63 (i. V. EUR 35.883,71)	65.918,43	61.330,56
3. Handelsbestand	2.877.148,58	5.302.801,02
4. Treuhandverbindlichkeiten	5.110,24	6.370,36
5. Sonstige Verbindlichkeiten	272.842,16	335.635,83
6. Rückstellungen		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	234.697,00	216.810,00
b) andere Rückstellungen	653.632,65	665.912,86
	888.329,65	882.722,86
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB EUR 1.148.409,44 (i. V. EUR 914.909,44)	2.598.500,00	2.365.000,00
8. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital EUR 1.400.892,00) Eigene Anteile	2.801.785,00 -5.709,00	2.801.785,00 0,00
	2.796.076,00	2.801.785,00
b) Kapitalrücklage	2.105.316,13	2.121.072,00
c) Gewinnrücklage		
ca) gesetzliche Rücklage	66.328,91	66.328,91
d) Bilanzverlust/Bilanzgewinn	-326.327,78	5.845,27
	4.641.393,26	4.995.031,18
	19.995.251,16	18.653.896,58

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2013 BIS 31.12.2013

	2 0 1 3 EUR	2 0 1 2 EUR
1. Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	983,27	2.214,79
2. Zinsaufwendungen	33.028,95 <u>-32.045,68</u>	28.770,98 <u>-26.556,19</u>
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	67.484,26	168.833,66
4. Provisionserträge davon: Courtageerträge EUR 1.765.286,26 (i. V. EUR 1.767.365,83)	3.155.530,82	4.170.757,66
5. Provisionsaufwendungen davon: Courtageaufwendungen EUR 71.884,59 (i. V. EUR 82.750,95)	365.718,77 <u>2.789.812,05</u>	665.182,95 <u>3.505.574,71</u>
6. Nettoertrag des Handelsbestands a) Ertrag des Handelsbestands davon: aa) Wertpapiere ab) Futures ac) Optionen ad) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	6.797.879,79 0,00 14.278,98 5.536.374,78 <u>12.348.533,55</u>	6.386.725,17 0,00 38.449,14 6.009.871,37 <u>12.435.045,68</u>
b) Aufwand des Handelsbestands davon: ba) Wertpapiere bb) Futures bc) Optionen bd) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	6.516.125,75 0,00 35.100,23 3.465.696,59 <u>10.016.922,57</u>	7.471.364,73 0,00 54.812,00 4.117.069,82 <u>11.643.246,55</u>
7. Sonstige betriebliche Erträge	549.366,39	1.002.914,39
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen a) Personalaufwand aa) Löhne und Gehälter ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 6.870,00 (i. V. EUR 3.490,00)	2.692.564,43 394.685,15 2.638.104,16 <u>5.725.353,74</u>	2.462.179,88 381.136,15 2.952.055,10 <u>5.795.371,13</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>5.725.353,74</u>	<u>5.795.371,13</u>
Übertrag	-19.125,74	-352.805,43

		2 0 1 3 EUR	2 0 1 2 EUR
	Übertrag	-19.125,74	-352.805,43
9.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	167.713,44	357.394,54
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.012,62	11.573,00
11.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Zuführung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft	6.910,41	39.092,00
12.	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	54.750,00
13.	Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	233.500,00	95.000,00
14.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-449.262,21	-801.114,97
15.	Außerordentliche Erträge	119.691,14	810.000,00
16.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	1.849,74
17.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 10 ausgewiesen	2.601,98	2.345,00
18.	Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	-332.173,05	4.690,29
19.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.845,27	1.154,98
20.	Bilanzverlust/ Bilanzgewinn	-326.327,78	5.845,27

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Geschäftsjahr 2013 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften sowie Eigenhandelszwecken getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h i. V. m. § 256a HGB.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Auf Grund von Kompensationsvereinbarungen werden Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten teilweise verrechnet.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert.

Die Bewertung des Handelsbestands erfolgt nach den folgenden Grundsätzen:

Besteht für ein Finanzinstrument ein aktiver Markt, so entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich ein Marktpreis ermitteln lässt, wird der beizulegende Zeitwert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder nach § 255 Abs. 4 Satz 1 HGB (Marktwert auf einem aktiven Markt) noch nach § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB (Anwendung einer allgemein anerkannten Bewertungsmethode bei nicht aktivem Markt) ermitteln, werden die Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 4 HGB fortgeführt (§ 255 Abs. 4 Satz 3 HGB). Dabei gilt der zuletzt anhand eines Marktwerts auf einem aktiven Markt oder anhand

eines allgemein anerkannten Bewertungsverfahrens ermittelte beizulegende Zeitwert als Anschaffungskosten.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Für vor dem 1. Januar 2010 erworbene abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit je 20 % aufgelöst wird. Seit dem Wirtschaftsjahr 2010 wird von dem durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz eingeführtem Wahlrecht Gebrauch gemacht und geringwertige Wirtschaftsgüter im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag nach Bestimmungen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB unter Berücksichtigung eines Abzinsungssatzes von 4,88 % angesetzt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck und die Projected Unit Credit Method (PUC).

Der Rententrend wurde mit 2,0 % p.a. berücksichtigt. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen wurde kein Gehaltstrend angesetzt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden gebildet für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet.

In der Bilanz ist gemäß § 340e Abs. 4 HGB dem Sonderposten „**Fonds für allgemeine Bankrisiken**“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dotiert und dort gesondert auszuweisen. Dieser Posten darf nur aufgelöst werden zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands oder soweit er 50 vom

Hundert des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt. Der Ausweis der Dotierung des Postens erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2013 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft unter folgendem Link veröffentlicht:

<https://www.schnigge.de/investor-relations/corporate-governance.html>

C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. BILANZ

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die **Forderungen an Kunden** haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Fremdwährung

Zum Bilanzstichtag bestanden Fremdwährungsverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 20 (Vorj. TEUR 0). Es bestanden zum Stichtag keine Fremdwährungsforderungen (Vorj. TEUR 0).

3. Handelsbestand

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Handelsbestand (Aktiva)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.527	2.527	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14.807	14.412	395
	17.334	16.939	395

Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere der Handelsaktiva enthalten nachrangige Genussrechte in Höhe von TEUR 165.

	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Handelsbestand (Passiva)			
Lieferverpflichtungen:			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	273	273	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.604	2.604	0
	2.877	2.877	0

Die Wertpapiere des Handelsbestandes wurden gemäß § 340e HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Auf das gesamte Netto-Portfolio wurde ein Risikoabschlag (Value-at-Risk) ermittelt und bilanziert.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ermittelt den Value-at-Risk des Portfolios mit einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Der Beobachtungszeitraum beträgt drei Jahre.

Der Risikoabschlag zum 31.12.2013 beträgt TEUR 133.

4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten				Stand am 31.12.2013 TEUR	Abschreibungen		Buchwert Stand am 31.12.2013 TEUR
	Stand am 1.1.2013	Zu- gänge	Ab- gänge	Umbu- chung		2013	kumuliert	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	
Immaterielle Anlagewerte	2.225	3	1.684	0	545	108	324	221
Sachanlagen	1.511	23	231	0	1.303	60	1.212	91
	3.736	26	1.914	0	1.848	168	1.536	312

Die Gesellschaft besitzt keine eigenen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Der Abgang der Immateriellen Anlagewerte resultiert überwiegend aus dem Verkauf der Orderbücher für die Spezialistenfunktion.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 91 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

5. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Verträgen zur Anlage von vermögenswirksamen Leistungen (VL) wurde eingestellt. Mit Wirkung zum 30. November bzw. 31. Dezember 2011 wurde den VL-Sparern die Einstellung der VL-Dienstleistung mitgeteilt. Die von den VL-Sparern auf ein Treuhandkonto bei der Commerzbank AG Spremberg eingezahlten Sparbeiträge wurden größtenteils bereits an die VL-Sparer bzw. deren Arbeitgeber zurückgezahlt.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 213 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 175 aus Körperschaftsteuerrückforderungen sowie Forderungen gegenüber Mitarbeiter in Höhe von TEUR 12.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 273 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 206 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, davon TEUR 10 Verbindlichkeiten gegenüber einem verbundenen Unternehmen, sowie mit TEUR 52 Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohn- und Kirchensteuer.

8. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 654 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 237 auf Boni und Tantiemen, mit TEUR 133 auf Restrukturierungskosten, mit TEUR 85 auf Jahresabschlusskosten, sowie mit TEUR 55 auf Urlaubsansprüche.

9. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr 2013 wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340e Abs. 4 HGB TEUR 234 zugeführt.

10. Eigenkapital

Grundkapital

Das satzungsmäßige Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag unverändert zusammen aus 2.801.785 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

Am Bilanzstichtag befanden sich 5.709 eigene Aktien im Bestand. Der Nennwert wurde vom Grundkapital abgesetzt.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung in 2008 erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB), sowie mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Die Kapitalrücklage verringerte sich aufgrund von 5.709 im Bestand gehaltener eigene Aktien auf EUR 2.105.316,13.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert EUR 66.328,91.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Der Vorstand wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, bis zum 23. Juni 2014 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.400.892,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.892 neuen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009). Den Aktionären ist das Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur in bestimmten Fällen zulässig.

Bedingtes Kapital

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 7.000.000,00 mit Wandlungsrecht oder mit in Optionsscheinen verbrieften Optionsrechten auf bis zu 1.400.892 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu EUR 1.400.892,00 und einer Laufzeit von längstens 20 Jahren nach näherer Maßgabe der Options- und/oder Wandelanleihebedingungen auszugeben (Schuldverschreibungen).

Die Ausgabe der Schuldverschreibungen kann auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, für von Konzerngesellschaften (d. h. hundertprozentige unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaften der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG) ausgegebene Schuldverschreibungen die erforderlichen Garantien zu übernehmen und zur Erfüllung der mit diesen Schuldverschreibungen eingeräumten Wandlungs- oder Optionsrechte auf den Inhaber lautende Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu gewähren.

Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Juni 2014. Die Schuldverschreibungen können einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilen begeben werden. Die einzelnen Teilschuldverschreibungen sind mit unter sich jeweils gleichrangigen Rechten und Pflichten versehen.

Eigene Aktien

Am Bilanzstichtag wurden 5.709 eigene Aktien (Vorjahr 0) mit einem Nennwert von EUR 5.709,00 gehalten. Der Bestand an eigenen Aktien beträgt 0,2% des Grundkapitals. Im Geschäftsjahr wurden 7.387 Aktien mit einem durchschnittlichen Erwerbskurs von EUR 3,89 gekauft und 1.678 Aktien mit einem durchschnittlichen Verkaufskurs von EUR 4,35 verkauft.

Der Gewinn aus dem Kauf und Verkauf eigener Aktien in Höhe von EUR 121,12 wurde der Kapitalrücklage zugeführt.

Der durchschnittliche Einstandskurs der zum Bilanzstichtag gehaltenen eigenen Aktien beträgt EUR 3,78.

Die eigenen Aktien wurden im Rahmen der Eigenschaft des Skontroführers erworben.

11. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, hat mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihre Stimmrechte an unserer Gesellschaft am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 25 %, 30 %, 50 %, 75 % überschritten haben und 81,17 % betragen.

Im Geschäftsjahr 2013 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten. Zum 31. 12.2013 beträgt der Anteil der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, an unserer Gesellschaft 91,58 %.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**1. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren**

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stammen aus Wertpapieren des Handelsbestands.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen Buchgewinne aus dem Verkauf der Orderbücher für die Spezialistenfunktion. Über den Kaufpreis wurde mit den Erwerbern Stillschweigen vereinbart. Weiterhin resultieren die sonstigen betrieblichen Erträge mit TEUR 78 Erträge aus der PKW Nutzung und aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 49.

3. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 85 periodenfremde Erträge. Sie betreffen mit TEUR 49 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

4. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert aus einer abschließenden Zahlung zu einer Schadensersatzforderung die aufgrund des Vorgangs „Gamma Trading“ in 2008 gerichtlich geltend gemacht wurden.

5. Aufzinsung von Rückstellungen

Die Aufzinsung von Pensionsrückstellungen betrug EUR 11.017,00 (i. V. EUR 10.573,00).

6. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare* für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	53
b) Andere Bestätigungsleistungen	TEUR	16

Folgende Honorare* nach § 285 Nr. 17 HGB sind für die Abschlussprüfer des Vorjahres im Geschäftsjahr 2013 angefallen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	TEUR	2
b) Andere Bestätigungsleistungen	TEUR	3

7. Latente Steuern

Unter Berücksichtigung aller Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz, dem Handelsbestand, den Pensionsrückstellungen, der Aufwandsrückstellung sowie steuerlicher Verlustvträge und der Gegenüberstellung der daraus resultierenden aktiven und passiven latenten Steuern besteht ein aktiver Überhang. Der für die Bewertung zu Grunde gelegter Steuersatz beträgt 31,2 %. Von einer Aktivierung des aktiven latenten Steuerüberhangs wurde aufgrund eines bestehenden Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 HGB abgesehen.

D. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutsche Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.050 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonto, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 930. Sie gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:

Laufzeit bis 1 Jahr	TEUR	482
Laufzeit über 1 bis 5 Jahre	TEUR	448
Gesamt	TEUR	930

3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Nr. 19 HGB).

4. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Verwaltungsrat, (Vorsitzender),
Pregassona/Schweiz

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

- VERITAS Investment GmbH, Frankfurt/M.
- SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf
- LRI Invest S.A. Luxemburg

- Pall Mall Investment Management GmbH, Hamburg (freiwilliger Aufsichtsrat)
- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs Aktiengesellschaft, Wedel

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates:

- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Mitglied des Verwaltungsrates:

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg
- Augur Financial Holding I S.A., Luxemburg
- Augur Financial Holding IV S.A., Luxemburg
- Augur Financial Holding V S.A., Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg

Mitglied des Beirates:

- Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
- EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen

Andreas Benninger, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender),
Stuttgart, seit 26.06.2013

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- cash.life AG, Pullach

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- BVAG Berliner Versicherung Aktiengesellschaft, Berlin
- Mylife Lebensversicherungs AG, Göttingen
- LRI Invest S.A. Luxemburg
- SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf

Mitglied des Verwaltungsrates:

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg
- Augur Financial Holding II S.A., Luxemburg
- Augur Financial Holding III S.A., Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg

*7) zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender),
Königstein bis 26.06.2013

Vorsitzender des Aufsichtsrates¹

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-
Aktiengesellschaft, Wedel
- cash.life AG, Pullach
- mylife Lebensversicherung AG, Göttingen

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates¹

- BVAG Berliner Versicherung Aktiengesellschaft, Berlin
- VERITAS Investment GmbH, Frankfurt/M.
- SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf

Mitglied des Aufsichtsrates¹

- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Mitglied des Verwaltungsrates¹

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg
- Augur Financial Holding II S.A., Luxemburg
- Augur Financial Holding III S.A., Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- ACM AG, Aachen
- ComS.I.T. AG, Zolling
- Incam AG, Meerbusch

Mitglied des Aufsichtsrates

- KEP AG, Bad Soden
- SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf
- Private Vermögensverwaltung AG, Essen

Beirat

- Victoria Beratungs GmbH, Frankfurt/M.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse an die
Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Bankkaufmann, Krefeld (Vorsitzender)
Martin Liedtke, Bankkaufmann/-betriebswirt, Rosbach

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrugen im
Geschäftsjahr 2013 TEUR 24.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2013
betrugen TEUR 505, davon entfielen auf Herrn Florian Weber TEUR
267 (davon TEUR 271 erfolgsunabhängige und TEUR -4 erfolgsab-
hängige Komponenten) und Herrn Martin Liedtke TEUR 238 (davon
TEUR 242 erfolgsunabhängige Bezüge und TEUR -4 erfolgsabhän-
gige Komponenten). Die erfolgsabhängigen Komponenten sind

aufgrund des Jahresfehlbetrages 2013 sowie vertraglicher Verein-
barungen negativ.

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer
Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf,
im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedin-
gungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jewei-
ligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von zwölf Monaten nach
Beendigung des Vorstandsvertrages gilt.

5. Konzernzugehörigkeit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ein Unternehmen des
Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg, der in
Luxemburg von der Aufstellungspflicht für einen Konzernabschluss
befreit ist.

6. Mitarbeiter

In 2013 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG -
inklusive Vorstand - durchschnittlich 29 Mitarbeiter beschäftigt, die
sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel*	22
Angestellte Verwaltung	5
	29
* davon Mitarbeiter/in in Teilzeit	3

Am Bilanzstichtag waren 28 Angestellte beschäftigt, die sich
getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	2
Angestellte Handel*	20
Angestellte Verwaltung	6
	28
* davon Mitarbeiter/in in Teilzeit	3

9. Bilanzergebnis und Ergebnisverwendung

Das Bilanzergebnis hat sich wie folgt entwickelt:

Stand am 1.1.2013 (Bilanzgewinn)	EUR	5.845,27
Jahresfehlbetrag 2013	EUR	-332.173,05
Stand am 31.12.2013 (Bilanzverlust)	EUR	-326.327,78

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vor-
schlagen, den Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.

Düsseldorf, 28. März 2014

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Der Vorstand

Florian Weber

Martin Liedtke

¹⁾ Stand: 31.12.2012

Kapitalflussrechnung

	2013 EUR	2012 EUR
1.) +/- Periodenergebnis	-332.173,05	4.690,29
2.) +/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen sowie auf Sachanlagen	174.623,85	396.486,54
3.) +/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	5.606,79	-1.172.618,48
4.) +/- Gewinn/Verlust aus Abgang Anlagevermögen	-384.753,24	-16,81
5.) +/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	-44.089,25	-989.733,71
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeit aus laufender Geschäftstätigkeit	-580.784,90	-1.761.192,17
6.) +/- Zunahme/Abnahme Forderungen gegenüber Kreditinstitute	-1.903.153,93	981.547,30
7.) +/- Zunahme/Abnahme Forderungen gegenüber Kunden	118.369,86	-153.638,71
8.) +/- Zunahme/Abnahme Handelsbestand	-3.220.196,56	-285.396,58
9.) +/- Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	809.708,71	54.361,97
10.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.941.004,07	1.249.982,81
11.) +/- Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.587,87	1.853,38
12.) +/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	170.706,33	61.689,85
13.) + Erhaltene Zinsen und Dividenden	68.467,53	171.113,63
14.) - Gezahlte Zinsen	-31.152,71	-28.530,18
15.) +/- Ertragsteuerzahlungen	0,00	-1.849,74
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-622.443,73	289.941,56
16.) Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	670.109,24	16,81
17.) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-26.529,44	-288.863,47
Cashflow aus Investitionstätigkeit	643.579,80	-288.846,66
18.) Auszahlungen für Investitionen in immaterielles Anlagevermögen	7.301,25	0,00
19.) Auszahlung an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-28.766,10	0,00
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-21.464,85	0,00
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-328,78	1.094,90
Finanzmittelfonds am 01.01.2013	1.469,52	374,62
Finanzmittelfonds am 31.12.2013	1.140,74	1.469,52
Der Finanzmittelfond umfasst die in der Bilanz ausgewiesene Barreserve.		

Eigenkapitalspiegel

Geschäftsjahr 2012	Gezeichnetes Kapital		Erwirtschaftetes Eigenkapital		Bilanzgewinn	Eigenkapital	
	Stammaktien	Kapital-rücklage	gesetzliche Gewinn-rücklage	andere Gewinn-rücklage		Eigene Anteile	
in EURO							
Stand 31.12.2011	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	0,00	1.154,98	0,00	4.990.340,89
Ausgabe von Anteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Erwerb/Einziehung von Anteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gezahlte Dividenden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderungen							0,00
- Jahresüberschuss/fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	4.690,29	0,00	4.690,29
- übrige Ergebnisse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	4.690,29	0,00	4.690,29
Stand 31.12.2012	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	0,00	5.845,27	0,00	4.995.031,18

Geschäftsjahr 2013	Gezeichnetes Kapital		Erwirtschaftetes Eigenkapital		Bilanzgewinn	Eigenkapital	
	Stammaktien	Kapital-rücklage	gesetzliche Gewinn-rücklage	andere Gewinn-rücklage		Eigene Anteile	
in EURO							
Stand 31.12.2012	2.801.785,00	2.121.072,00	66.328,91	0,00	5.845,27	0,00	4.995.031,18
Ausgabe von Anteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Erwerb/Einziehung von Anteilen	0,00	-15.755,87	0,00	0,00	0,00	-5.709,00	-21.464,87
Gezahlte Dividenden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderungen							0,00
- Jahresüberschuss/fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-332.173,05	0,00	-332.173,05
- übrige Ergebnisse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtergebnis	0,00	-15.755,87	0,00	0,00	-332.173,05	-5.709,00	-353.637,92
Stand 31.12.2013	2.801.785,00	2.105.316,13	66.328,91	0,00	-326.327,78	-5.709,00	4.641.393,26

>> BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss

und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 29. April 2014

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Heist	Haas
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer



>> CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Der Deutsche Corporate Governance Kodex bildet die Grundlage der wichtigen gesetzlichen Vorgaben zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält Richtlinien guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Grundlage der Arbeit von Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind eben diese Standards, um das Vertrauen der Aktionäre, Mitarbeiter und Kunden durch nachvollziehbare, transparente Aktivitäten und eine ordnungsgemäße Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Vorstand berichtet nachfolgend – auch für den Aufsichtsrat – über die Corporate Governance der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Dieser Bericht enthält die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB sowie den Bericht zur Vergütungsstruktur des Unternehmens für Vorstand, Aufsichtsrat und Mitarbeiter.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289a HGB) beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken und die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verfolgt dabei das Ziel, die Darstellung der Unternehmensführung übersichtlich und prägnant zu halten.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX IN DER FASSUNG VOM 13. MAI 2013

(<https://www.schnigge.de/investor-relations/corporate-governance.html>)

Aufsichtsrat und Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erklären gemäß § 161 AktG, den Empfehlungen des „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13. Mai 2013 mit folgenden Ausnahmen zu entsprechen:

1. Für den Aufsichtsrat wurde vor dem 05.08.2009 (Inkrafttreten des VorstAG) (Kodex Ziff. 3.8) eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Diese beinhaltet für die Mitglieder des Aufsichtsrates keinen Selbstbehalt, da die Gesellschaft einen Selbstbehalt für Aufsichtsratsmitglieder insbesondere vor dem Hintergrund der Höhe der Aufsichtsratsvergütungen nicht für sachgerecht hält (Kodex Ziff. 3.8).
2. Eine Altersgrenze für Vorstände ist nicht festgelegt (Kodex Ziff. 5.1.2). Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der jeweiligen Bestellung berücksichtigt. Die grundsätzliche Festlegung einer bestimmten Altersgrenze wird seitens Aufsichtsrat und Vorstand nicht für sachgerecht erachtet.
3. Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziff. 5.3.1).
4. Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziff. 5.4.6). Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.
5. Derzeit gehört dem Aufsichtsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung keine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder im Sinne des Kodex Ziff. 5.4.2. an.

Düsseldorf, im Dezember 2013

Der Aufsichtsrat und der Vorstand

ANGABEN ZU ANGEWANDTEN UNTERNEHMENSFÜHRUNGSPRAKTIKEN

Vorstand und Aufsichtsrat sowie alle Mitarbeiter der Gesellschaft räumen der Corporate Governance einen hohen Stellenwert ein. Vor allem der Verpflichtung zur verantwortungsbewussten und langfristig ausgerichteten Unternehmensführung fühlen sich Vorstand und Aufsichtsrat verbunden. Der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken durch Sicherstellung eines angemessenen Risikomanagements und Risikocontrollings sowie die Einhaltung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nach Maßgabe der jährlichen Entsprechenserklärung gehören für den Vorstand zum Selbstverständnis seiner Tätigkeit. Unternehmensinterne Strukturen und Kontrollmechanismen werden laufend überprüft und möglichen Veränderungen angepasst.

ARBEITSWEISE DES VORSTANDS UND AUFSICHTSRATS

Wie im deutschen Aktiengesetz vorgeschrieben, besteht die duale Führungsstruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als börsennotierter Aktiengesellschaft aus Vorstand und Aufsichtsrat. Durch die personelle Trennung beider Organe können Vorstand und Aufsichtsrat ihren jeweiligen Tätigkeiten unabhängig voneinander nachkommen. Dem Vorstand obliegt die Steuerung der Gesellschaft, dem Aufsichtsrat die Überwachung des Vorstands.

Der Vorstandsvorsitzende Herr Florian Weber führt als Handelsvorstand im Wesentlichen das operative Geschäft; auch der Finanzvorstand Herr Martin Liedtke ist eng in die operativen Aktivitäten eingebunden und führt ebenfalls einen operativen Geschäftsbereich. Insbesondere obliegt dem Finanzvorstand jedoch neben Controlling und Rechnungslegung die Überwachung und Kontrolle der Abwicklung der Geschäftsabläufe.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands. Satzungsmäßig besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern, darüber hinaus wird die Zahl seiner Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Aufsichtsrat entscheidet, ob es einen Vorsitzenden geben soll, benennt diesen und beschließt, ob stellvertretende Mitglieder oder ein stellvertretender Vorsitzender bestellt werden sollen. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand, die einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte sowie einen Geschäftsverteilungsplan enthält. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats entscheidet, ob die Vorstandsmitglieder an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilnehmen sollen. Schließlich gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung.

Ein aus zwei Mitgliedern bestehender Vorstand hat sich bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bewährt: ein Vorsitzender und ein Finanzvorstand. Die Geschäftsverteilung zwischen beiden Mitgliedern ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teil, berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder. Die Beschlussanträge werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats zwei Wochen vor der Sitzung schriftlich

mitgeteilt, eine ausführliche schriftliche Unterlage erhält der Aufsichtsrat eine Woche vor seiner Sitzung. Von der Möglichkeit, Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird verhältnismäßig selten und nur in Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erläutert jedes Jahr die Tätigkeit des Aufsichtsrats in seinem Bericht an die Aktionäre und in der Hauptversammlung. Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand bzw. tauscht sich über sonstige Kommunikationsmittel aus und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden mündlich und zeitnah schriftlich über aktuelle Entwicklungen. Ausschüsse zu einzelnen Themenbereichen werden auf Grund der Unternehmensgröße nicht gebildet.

Mitglieder des Aufsichtsrats

- Günther P. Skrzypek, Pregassona / Schweiz (Vorsitzender)
- Andreas Benninger, Stuttgart (stv. Vorsitzender seit 26.06.2013)
- Dr. Jürgen Frodermann, Düsseldorf
- Dr. Thomas Schmitt, Frankfurt (stv. Vorsitzender bis 26.06.2013)

AKTIONÄRE UND HAUPTVERSAMMLUNG

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr. Alle zur Entscheidungsbildung benötigten Unterlagen stehen den Aktionären rechtzeitig auch auf der Unternehmenshomepage zur Verfügung. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen von der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Verfügung gestellten Stimmrechtsvertreter ausüben und ihnen Weisungen erteilen. Im Anschluss an die Hauptversammlung werden den Aktionären sowohl die Rede des Vorstands als auch alle Abstimmungsergebnisse auf der Internetseite der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

ZUSAMMENWIRKEN UND ZUSAMMENSETZUNG VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Vorstand und Aufsichtsrat der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG arbeiten eng zusammen. Sowohl in der Erklärung des Vorstands zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB, die den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft zusammen mit diesem Corporate Governance Bericht zur Verfügung steht, sowie im Aufsichtsratsbericht, der ebenfalls Bestandteil des Geschäftsberichtes ist (s. Seite 37), sind sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat näher auf die Praxis der Zusammenarbeit eingegangen.

Der Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG besteht unverändert aus den beiden Mitgliedern Florian Weber (Vorsitzender des Vorstands) und Martin Liedtke (CFO, COO). Während Florian Weber für die Bereiche Handel, Sales, Skontroführung, Public und Investor Relations, Endkundengeschäft sowie Marketing verantwortlich zeichnet, ist Martin Liedtke für Finanzen, Organisation, IT, Abwicklung und Kontrolle, Corporate Finance sowie Personal zuständig. Die

Vorstandsmitglieder sind ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Mögliche Interessenkonflikte sind unverzüglich dem Aufsichtsrat mitzuteilen, dieses war im vergangenen Berichtsjahr nicht nötig.

Dem Aufsichtsrat gehören gemäß Satzung drei Mitglieder an. Nach eigener Einschätzung gehört dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern an. Über etwaige Interessenkonflikte berichtet der Aufsichtsrat der Hauptversammlung. Hierzu ist es im Geschäftsjahr 2013 nicht gekommen.

TRANSPARENZ

Der Anspruch der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG an eine transparente Kommunikation beinhaltet bereits seit Jahren die unverzügliche Veröffentlichung aller relevanten Informationen auf der Internetseite des Unternehmens unter www.schnigge.de. Darunter fallen neben sämtlichen Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen auch die Finanzberichte und Unternehmenspräsentationen. Der Finanzkalender informiert über die regelmäßigen Veröffentlichungstermine sowie über anstehende Kapitalmarktevents. Nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sind unter anderem die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von SCHNIGGE-Aktien offenzulegen. SCHNIGGE veröffentlicht diese Directors' Dealings unverzüglich auf der Unternehmenshomepage unter der Rubrik Investor Relations/Corporate Governance. Zurzeit besitzt kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG.

Ebenfalls ist die Gesellschaft verpflichtet, Aktienoptionsprogramme detailliert darzulegen. Bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG existieren zurzeit keine Bonusprogramme dieser Art.

Die Vergütungsstrukturen des Vorstands und des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft in einem separaten Vergütungsbericht näher erläutert. Dieser ist nachfolgend als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes zu finden.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss sowie der Abschluss zum 30.6. werden auf Grundlage des HGB erstellt. Der Abschluss des Gesamtjahres wird vom Vorstand aufgestellt und vom Aufsichtsrat geprüft, ebenso wie die Quartals- und Halbjahresfinanzberichte. Der Aufsichtsrat schlägt den Abschlussprüfer vor, der von der Hauptversammlung gewählt wird. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 wurde die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Eschborn von der Hauptversammlung gewählt. Zuvor erklärte der Wirtschaftsprüfer vor dem Aufsichtsrat seine Unabhängigkeit. Der Aufsichtsrat erteilte den Prüfungsauftrag und legte die Prüfungsschwerpunkte und das Prüfungshonorar fest.

VERGÜTUNGSBERICHT

Stand: März 2014

Der Vergütungsbericht gibt einen Überblick über die Strukturen der Vorstands-, Aufsichtsrats- und Mitarbeitervergütung.

Vergütung des Vorstands

Der Aufsichtsrat berät im Plenum über Vorschläge zur Vergütung des Vorstandes, zum Vergütungssystem und zu dessen regelmäßiger Überprüfung sowie über den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstandes. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden neben der wirtschaftlichen Situation der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG auch die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und der persönliche Beitrag am Erfolg der Gesellschaft. Daher setzt sich die Vergütung aus 3 Bestandteilen zusammen:

- Ein fixes Jahresgehalt, welches monatlich gezahlt wird und regelmäßig vom Aufsichtsrat auf seine Angemessenheit überprüft wird.
- Die ergebnisabhängige Tantieme, die als fester Prozentsatz des Jahreserfolges bestimmt ist. Die Nachhaltigkeit wird durch eine jährliche Teilauszahlung in Höhe von 60% der Tantieme aus dem Bonuspool gewährleistet. Die verbleibenden 40% werden in dem bestehenden Bonuspool vorgetragen. Bei einem negativen Jahreserfolg reduziert sich der Bonuspool entsprechend.
- Sonstige Vergütungsbestandteile bestehen in der Bereitstellung eines Firmenwagens der oberen Mittelklasse, der auch privat genutzt werden kann (bei Nichtnutzung eines PKW erfolgt ein adäquater finanzieller Ausgleich), sowie der Bereitstellung eines Telefons inklusive Internetzugang (Smartphone) bzw. eines BlackBerrys, welches ebenfalls privat genutzt werden kann. Pensionszusagen für Vorstandsmitglieder existieren nicht. Vorstandsmitglieder erhalten keine Kredite.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütungen vom 31. Juli 2009 sind die Dienstverträge der beiden Vorstandsmitglieder neu gefasst und angepasst worden. Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50% des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 12 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt. Im Falle einer Übernahme bestehen keine sogenannten „Change of Control“-Klauseln.

Gesamtbezüge des Vorstands *1

in TEUR	Gehalt	Jahresbonus	Sonstiges	Gesamt
2012	503	6	14	523
2013	499	-8	14	505

*1 Es handelt sich hierbei nicht um Auszahlungs-, sondern Aufwandsbeträge

Vergütung der Mitarbeiter

Die Mitarbeiter einschließlich des Vorstandes der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erhalten eine fixe Vergütung, die monatlich gezahlt wird. Zusätzlich kann das Unternehmen den Mitarbeitern eine leistungsbezogene marktgerechte variable Vergütung gewähren. In 2013 wurden feste Bezüge in Höhe von 2.404 Mio. Euro gezahlt, sowie Rückstellungen für variable Vergütungen in Höhe von 190 TEUR gebildet. Die Auszahlung*2 der variablen Vergütung erfolgt in 2014 und verteilt sich auf 14 begünstigte Mitarbeiter.

*2 Die Auszahlung der variablen Vergütung des Vorstandes erfolgt gestaffelt in den Folgejahren.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsvergütung wird gemäß § 8 Abs. 6 der Satzung von der Hauptversammlung festgelegt. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 8. Februar 2005 wurde der Verwaltungsvorschlag, die Vergütung des Aufsichtsrats auf fixe Sitzungsgelder festzulegen, angenommen. Vorstand und Aufsichtsrat sind der Auffassung, dass ein erfolgsunabhängiges Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats zu gewährleisten. Die Vergütungen werden pro Sitzung berechnet und einmal jährlich gezahlt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält 1.500,00 Euro, der stellvertretende Vorsitzende 1.125,00 Euro und alle anderen Mitglieder erhalten 750,00 Euro.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats

in TEUR	Feste Vergütung gesamt
2012	24
2013	24

Sämtliche Auslagen, die im Zusammenhang mit der Aufsichtsrats Tätigkeit anfallen, sowie die auf die Bezüge anfallende Umsatzsteuer werden den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten ebenfalls keine Kredite.



>> BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung, Deutschen Corporate Governance Kodex und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Neben regelmäßigen Aufsichtsratssitzungen, hat er sich vom Vorstand laufend über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Entwicklung der Finanzkennzahlen berichten lassen und die Arbeit des Vorstandes überwacht und begleitet. Der Vorstand hat dabei den Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich über die Geschäftspolitik, grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung, über die wirtschaftliche Lage und strategische Weiterentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichtet und mit ihm hierüber beraten. Abweichungen des Geschäftsverlaufs und der Ergebnisentwicklung von den Plänen und Zielen wurden im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat geprüft. Zustimmungspflichtige Geschäfte wurden vom Vorstand ausführlich und vollständig vorgestellt und der Aufsichtsrat hat diese nach eingehender Beratung und Prüfung freigegeben. In Entscheidungsprozessen von wesentlicher Bedeutung für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG war der Aufsichtsrat stets eingebunden. Angesichts der Tatsache, dass der Aufsichtsrat aus drei Personen besteht, wurde auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Die Geschäftsausrichtung mit dem strategischen Ziel, zusätzliche Erträge auch unabhängig von den Courtagelösen zu generieren, die Neustrukturierung bzw. der Ausbau von bestehenden Geschäftsfeldern und die Aufnahme neuer Aktivitäten wurden vom Aufsichtsrat eng begleitet. Intensiv wurde die Neuausrichtung des Handels als Spezialist an der Deutschen Börse in Frankfurt nach dem erfolglosen Antrag der Ausweitung der Aktivitäten an der Deutschen Börse in Frankfurt als Skontroführer im Bereich der Wertpapierfonds besprochen. Die aus strategischen Gründen getroffene Entscheidung zum Verkauf der Orderbücher für die Spezialistenfunktion wurde vor Umsetzung umfassend mit dem Vorstand abgestimmt. Der Verkauf erfolgte per 01. November 2013. Fortlaufend unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat zudem über die finanzielle Entwicklung sowie zur Risikosituation des Unternehmens. Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die Unternehmenszahlen, die Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung sowie die Entwicklung der Geschäftsbereiche im Einzelnen.

Im Berichtsjahr haben fünf Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Schwerpunkt der Beratungen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bildete die Stärkung und Stabilisierung der bestehenden Geschäftsfelder sowie die Erschließung neuer Ertragsquellen für das Unternehmen in vom Kerngeschäft unabhängigen Bereichen. Neben dem fortlaufenden Ausbau des Fondshandelsgeschäfts haben Vorstand und Aufsichtsrat insbesondere über die künftige strategische Ausrichtung in Bezug auf die Skontroführung an den Börsenplätzen Düsseldorf und Frankfurt beraten. Der Aufsichtsrat wurde auch zwischen den einzelnen Sitzungen über Vorhaben informiert, die von besonderer Bedeutung waren.

Der Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2013 einschließlich des Lageberichtes der Gesellschaft sowie des Berichts des Vorstandes über Beziehungen zu anderen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) ist unter Einbeziehung

der Buchführung durch die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH, Eschborn, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Abschluss zum 31. Dezember 2013 einschließlich des Lageberichtes sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von Seiten des Aufsichtsrats sorgfältig geprüft. An den Beratungen des Aufsichtsrats hat entsprechend den gesetzlichen Vorschriften in der Sitzung vom heutigen Tage der Abschlussprüfer teilgenommen. Der Prüfer hat seinen Bericht eingehend erläutert und weiterführende Fragen des Aufsichtsrats ebenso zur Zufriedenheit beantwortet wie der Vorstand selbst.

Der Aufsichtsrat hat den vom Abschlussprüfer geprüften Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Der Jahresabschlussprüfer hat den Abhängigkeitsbericht mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Bestätigungsvermerk kommt zu folgendem Ergebnis:

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands im Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 Abs. 3 AktG und gegen die Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Jahresabschlussprüfer.

Zum Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer hat der Aufsichtsrat keine Ergänzungen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss per 31. Dezember 2013 ist damit festgestellt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes an, den Bilanzverlust des Geschäftsjahres 2013 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 30. April 2014

Günther P. Skrzypek
Vorsitzender des Aufsichtsrats

>> INVESTOR RELATIONS

Ansprechpartner

Britta Hosters
Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon: +49 (0) 211 13861 – 43
Fax: +49 (0) 211 13861 – 49

E-Mail bhosters@schnigge.de
contact@schnigge.de

Termine

24.6.2014 Hauptversammlung im Industrie-Club e. V.,
Düsseldorf

Weitere Informationen

erhalten Sie schnell und aktuell über die Homepage
www.schnigge.de

- Aktienkurs
- Geschäftsberichte und Zwischenmitteilungen
- Ad-hoc- und Pressemeldungen





SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Berliner Allee 10 · 40212 Düsseldorf

Tel.: +49-211-138610
Fax: +49-211-326328
E-Mail: contact@schnigge.de
www.schnigge.de